

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2012

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2012

Inhaltsverzeichnis

A. Grußwort	3
B. Einleitung	4
C. Konsolidierter Gesamtabchluss zum 31.12.2012	6
1. Konsolidierungsbericht	6
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	6
1.1.1 Landeshauptstadt Wiesbaden	6
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
1.1.3 Geschäftsverlauf.....	8
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	12
1.1.5 Vermögenslage.....	17
1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabchluss.....	19
1.1.7 Ergebnissituation	20
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabchluss.....	22
1.1.9 Finanzlage	24
1.2 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit.....	25
1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2012.....	25
1.4 Chancen und Risiken.....	25
1.5 Perspektivischer Ausblick.....	27
1.6 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern.....	28
2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung	29
2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung	29
2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung	31
2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung	32
3. Anhang	33
3.1 Allgemeine Angaben.....	33
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	33
3.1.2 Abgrenzung Konsolidierungskreis	33
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	38
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung ..	45
3.2.1 Anlagevermögen.....	45
3.2.2 Umlaufvermögen	52
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	55
3.2.4 Eigenkapital	57
3.2.5 Sonderposten	58
3.2.6 Rückstellungen	59
3.2.7 Verbindlichkeiten	62
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	65
3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung	66
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	66
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	74
3.3.3 Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	76
3.3.4 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis.....	77
3.3.5 Ergebnisverwendung	77
3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung	78
3.5 Sonstige Angaben	78

Gesamtabschluss 2012

3.5.1 Haftungsverhältnisse	78
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	80
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	83
3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	84
4. Anlagen.....	86
Anlage (1) Anlagenspiegel.....	87
Anlage (2) Forderungsspiegel	89
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	91
Anlage (4) Rückstellungsspiegel	93
Anlage (5) Sonderpostenspiegel	95
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	97
Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen.....	99

Gesamtabschluss 2012

A. Grußwort



Als Oberbürgermeister lege ich Ihnen - gemeinsam mit dem Kämmerer - den ersten Gesamtabchluss für die Landeshauptstadt Wiesbaden vor. Damit wird das Ziel erreicht die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird.

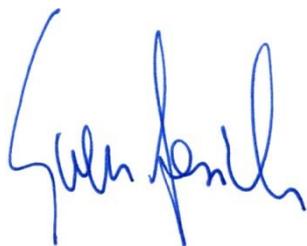
Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den unterschiedlichen Themenfeldern.

In welchem Umfang eine nachhaltige Daseinsvorsorge betrieben wird, zeigt sich in eindrucksvollen Zahlen, die das Gesamtbild des Stadtverbundes ergeben. Ein Vermögen (Bilanzsumme) von 4,1 Mrd. € und eine Gesamtleistung (Umsatz) von über 1,7 Mrd. € entsprechen fast einem kleineren DAX-Unternehmen.

Das erzielte Gesamtergebnis (Jahresüberschuss) von 60 Mio. € sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur auf weiterhin hohem Niveau.



Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Engagement dieses komplexe Zahlenwerk erarbeitet und den Gesamtabchluss aufgestellt haben.



Sven Gerich
Oberbürgermeister



Axel Imholz
Kämmerer

Gesamtabschluss 2012

B. Einleitung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden (im Folgenden LHW genannt) hat ihre Buchführung mit der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 auf die kaufmännische Rechnungslegung nach den Regeln der Gemeindehaushaltsverordnung umgestellt. Seitdem veröffentlicht die LHW jährlich einen Jahresabschluss, der einen Einblick in die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowie der Leistungen der Dezernate und Ämter (Kernverwaltung) gibt.

Serviceleistungen aus den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen werden jedoch vielfach von städtischen Beteiligungen erbracht. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in Unternehmen ausgegliederten Aufgaben mit in die Betrachtung einbezogen werden. Die Unternehmen werden auch als Aufgabenträger bezeichnet. Aus diesem Grund fordert die Hessische Gemeindeordnung die Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses (im Folgenden auch Gesamtabschluss genannt), spätestens zum 31.12.2015.

Zum 31.12.2012 wurde nun auch dieser wichtige Teil einer modernen Rechnungslegung umgesetzt. In Ergänzung zum Jahresabschluss fasst der Gesamtabschluss die Kernverwaltung, alle Eigenbetriebe und sonstigen wesentlichen Unternehmen bzw. Beteiligungen der LHW (im Folgenden auch Verbund genannt) in einer Rechnung zusammen. Dies war vor der Umstellung auf die kaufmännische Rechnungslegung nicht möglich, weil für die Stadt und für ihre Unternehmen gesetzlich unterschiedliche Rechnungslegungsmethoden gefordert waren.

Beim Gesamtabschluss geht es nicht nur um die Summierung der einzelnen Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen und der Kernverwaltung. Der Verbund aus Kernverwaltung, Eigenbetrieben und Beteiligungen ist so darzustellen, als ob es sich dabei um eine einzige wirtschaftliche und rechtliche Einheit handeln würde (Einheitsfiktion). Das setzt voraus, dass die Beziehungen innerhalb des Verbundes von den Beziehungen mit Dritten unterschieden werden. Für den Gesamtabschluss werden dann die Beziehungen mit Dritten weiter betrachtet. Die Konzentration auf die Beziehungen mit Dritten wird als Konsolidierung bezeichnet.

Zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrages hatte Herr Dr. Müller in seiner Zeit als Oberbürgermeister und Stadtkämmerer das Projekt „KoKon“ (**K**onzern**K**onsolidierung) ins Leben gerufen. Die Projektgruppe setzt sich aus Vertretern der Kämmerei, des Kassen- und Steueramtes, des Revisionsamtes und aller einbezogenen Gesellschaften zusammen. Die Leitung übernahm die Kämmerei. In den ersten Jahren bestand eine wesentliche Aufgabe der Projektleitung in der Mitarbeit in einer weiteren landesweiten Arbeitsgruppe zusammen mit dem Ministerium des Innern und für Sport. Dabei wurden die Anwendung und die Grenzen der handelsrechtlichen Konsolidierungsvorschriften auf einen kommunalen Gesamtabschluss diskutiert und in Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung dokumentiert. Das Ministerium hat diese Hinweise dann auf der Internetseite veröffentlicht. Der vorliegende Gesamtabschluss wurde nach Maßgabe dieser Hinweise erstellt. Die städtische Projektgruppe traf des Weiteren Festlegungen zum Abschlusserstellungsprozess, zur Auswahl der Konsolidierungssoftware, zur Bestimmung des Konsolidierungskreises sowie zur Erstellung des Kon-

Gesamtabschluss 2012

tenplans, einer Gesamtabschlussrichtlinie, eines internen Kontrollsystems und eines Berichtswesens.

Ausgehend von dem Stichtag des ersten Gesamtabschlusses 31.12.2012 wurde eine Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2012 erstellt. Vergleichs- bzw. Vorjahreswerte für die Ergebnisrechnung liegen daher ab dem folgenden Geschäftsjahr vor. Soweit der Gesamtabschluss Angaben zu Erträgen oder Aufwendungen macht, handelt es sich um Angaben aus den Jahresabschlüssen der Unternehmen.

Der Gesamtabschluss besteht gemäß § 53 GemHVO i.V.m. § 112 Abs. 5 HGO aus einem Konsolidierungsbericht (**Kapitel 1**) sowie der zusammengefassten Ergebnisrechnung und der zusammengefassten Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind (**Kapitel 2**). Ihnen ist in **Kapitel 3** ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der Gesamtvermögens- und Ergebnisrechnung erläutert. Der Konsolidierungsbericht beurteilt die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Verbundes und gibt einen perspektivischen Ausblick.

Wir weisen darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

Gesamtabschluss 2012

C. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2012

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Landeshauptstadt Wiesbaden

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen 2012 rund 279.000 Menschen.

Die Landeshauptstadt ist gut für die Zukunft aufgestellt: Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunstabühnen: Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur.

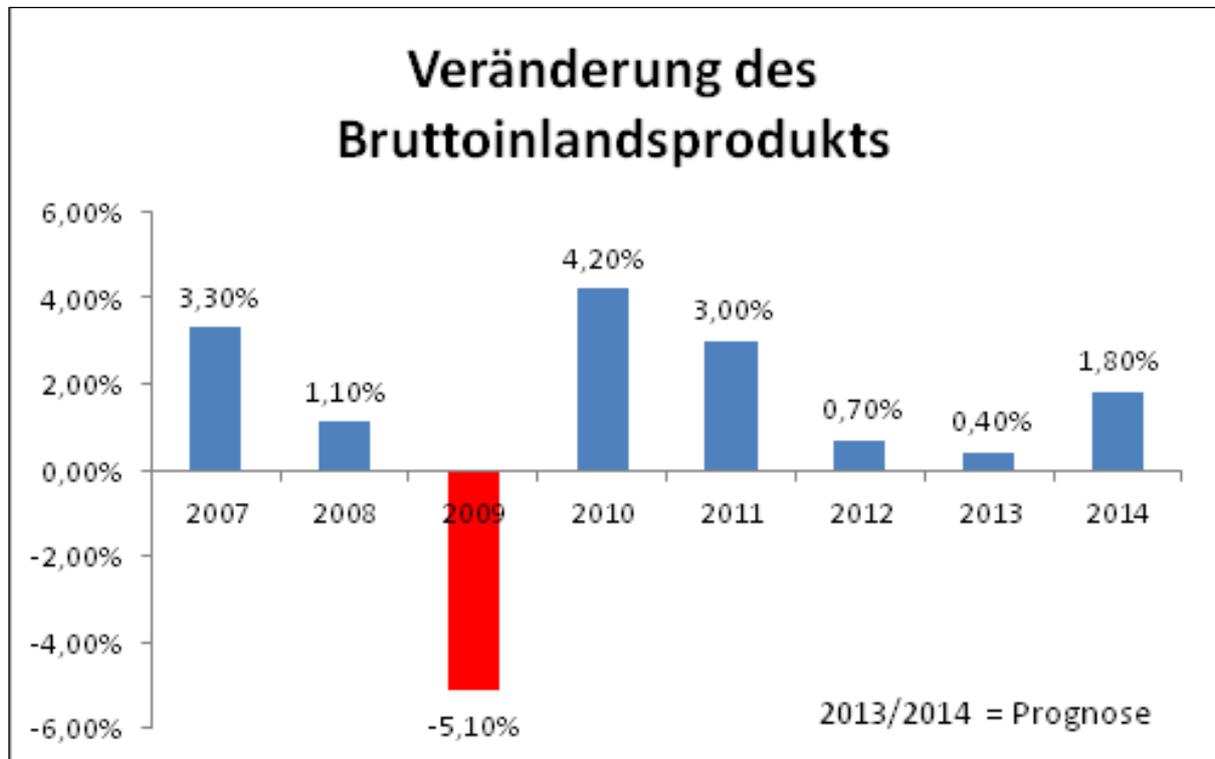
Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte in den Jahren 2012 und 2013 mit einem Kaufkraftindex von über 113 Prozent des Bundesdurchschnitts (100 Prozent) bzw. mit rd. 23 T€ pro Erwerbstätigem auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.

Gesamtabschluss 2012

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich in der zweiten Jahreshälfte weiter ab. Mangelnde Wachstumsimpulse waren auch in den Industrieländern außerhalb der Eurozone festzustellen. Insgesamt betrug die Weltwachstumsrate für 2012 3,1 %¹. Als weiterhin bestimmend für das Konjunkturklima in Europa zeichnete die Staatsschuldenkrise einiger europäischer Länder. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 0,4 % (Europa 27 Länder).

Deutschland konnte sich dank seiner robusten Konjunktur mit einem Wachstum des BIP von 0,7 % abkoppeln. Für das Jahr 2013 ist das BIP um 0,4 % höher als in 2012 und für 2014 werden 1,8 % Wachstum prognostiziert.



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 09/2013)

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 %. Besonders kräftig fielen dabei die Wachstumsraten im Dienstleistungssektor und hier bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern aus.

Wie dem Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden zu entnehmen ist, werden die Erwartungen für Wiesbaden überwiegend positiv eingeschätzt.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in Wiesbaden um 463 auf 125 064 erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg - bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen - leicht von 7,1 % im Jahr 2011 auf 7,3 % im Jahr 2012.

¹ Quelle: Internationaler Währungsfonds, Stand: April 2013

Gesamtabschluss 2012

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Berichtsjahr war erfreulich.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr liegen konsolidiert mit 250,3 Mio. €² mehr als 60 Mio. € über denen des Vorjahres. Die Ursache liegt in der guten Ergebnissituation der ansässigen Unternehmen. Ergebnisverbesserungen bei Gewerbetreibenden führen erst mit zeitlicher Verzögerung zu einer Anpassung der Vorauszahlungen. Insofern stehen die steigenden Gewerbesteuererträge nicht im Widerspruch zu den verhaltenen Erwartungen der durch die IHK befragten Firmen.

Im Gegensatz dazu werden die Vorauszahlungen bei sinkender Konjunktur von den Unternehmen eher vorsichtig angesetzt.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich zwar weiter erholen (+ 6,0 Mio. €), erreicht jedoch noch nicht das Niveau von 2008.

in Mio. €	2012
Gewerbesteuer	250,3
Einkommensteuer	126,6
Schlüsselzuweisungen	127,5
Grundsteuer gesamt ³	56,2

Die nachfolgende Grafik⁴ verdeutlicht den durch die Wirtschaftskrise verursachten Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen der LHW. Auch erkennbar ist, dass die Steuererträge das Vorkrisenniveau mittlerweile wieder erreicht haben. In der, bezogen auf die Zeit vor 2008, schwachen Steuerkraft des für die Berechnung der Schlüsselzuweisung maßgeblichen Zeitraums⁵, liegt auch der Grund für die auf 127,5 Mio. € gestiegene Schlüsselzuweisung. Da die Tarifverträge die Gewinne aus der guten Konjunktur weitergeben, steigt in der Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer weiter leicht an.

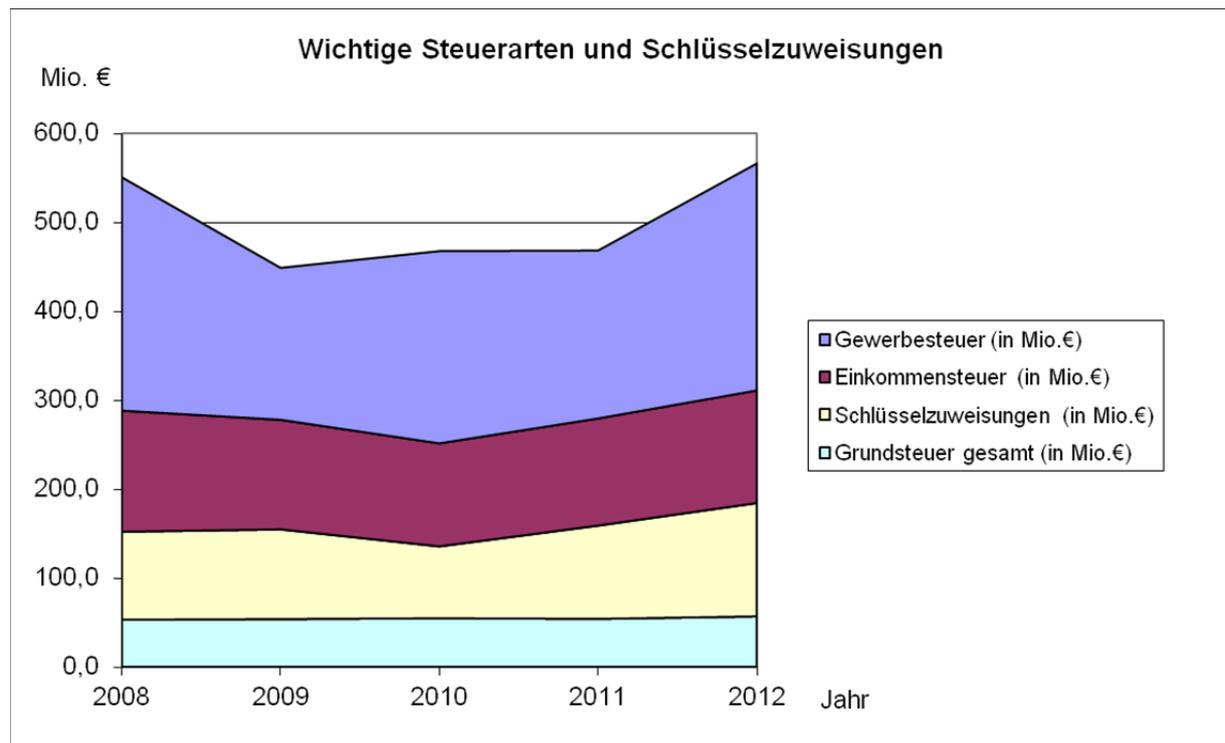
² Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage (35,8 Mio. € in 2012) zu bereinigen.

³ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der LHW irrelevant.

⁴ Werte vor Konsolidierung.

⁵ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2012 sind die Daten des 2. Hj. 2010 und des 1. Hj. 2011.

Gesamtabschluss 2012



Die LHW beschäftigte in seinem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 7.170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wobei Personal- und Versorgungsaufwendungen von 394,6 Mio. € anfielen. Für Sach- und Dienstleistungen fielen 628,9 Mio. € und für Abschreibungen 142,5 Mio. € an.

Versorgung

Die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung sind auf 418,6 Mio. € gestiegen.

Dabei erhöhten sich die Stromerlöse mengen- und preisbedingt deutlich gegenüber dem Vorjahr.

Die Gaserlöse stiegen trotz Absatzminderung an. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Absatzminderung im Wesentlichen auf Sondervertragskunden mit geringeren Margen entfiel. Bei den Tarifikunden waren hingegen Absatzsteigerungen zu verzeichnen, die den Umsatzrückgang der Sondervertragskunden überkompensieren konnten.

Die Umsatzerlöse der Fernwärmeversorgung verzeichneten einerseits durch die kühle Witterung, andererseits durch den kontinuierlichen Ausbau des Wärmenetzes einen erfreulichen Anstieg.

Seit dem 01.01.2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb WLW wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird. Die Umsatzerlöse der Wasserversorgung in Höhe von 32,8 Mio. € setzen sich im Wesentlichen aus bereits abgerechneten Wasserlieferungen und der durch-

Gesamtabschluss 2012

geführten Jahresverbrauchsabgrenzung zusammen. Die gesamte Netzeinspeisung (Wasserbezug) betrug im Jahr 2012 Tm³ 14.880. Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2012 auf Tm³ 13.987.

Verkehr

Für das Jahr 2012 setzten die Verkehrsunternehmen die nachhaltige Entwicklung des Verkehrsangebotes unter der Prämisse einer wirtschaftlichen Erstellung der Fahrleistungen im Wiesbadener ÖPNV fort. Auf dieser Basis wurde das Verkehrsangebot punktuell ergänzt bzw. verstärkt. Ein Schwerpunkt liegt hier im Bereich des sogenannten Winterfahrplans, in dem für den Zeitraum von November 2012 bis Beginn des Folgejahres einzelne Buslinien mit hoher Fahrgastnachfrage durch zusätzliche Fahrten verstärkt werden. Die Umsätze im Linienverkehr beliefen sich auf 39,5 Mio. €.

Entsorgung

Durch die zum 01.01.2012 durchgeführte Erhöhung der Abfall- sowie Straßenreinigungsgebühren konnte das Gebührevolumen und damit die Erträge aus öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten auf 76 Mio. € erheblich gesteigert werden.

Die Mengen in den verschiedenen Entsorgungssparten haben sich unterschiedlich entwickelt. Die an den Frischwasserverbrauch gekoppelte gebührenpflichtige Schmutzwasserentsorgung ist durch verspätet gemeldete Frischwassermengen der ENTEGA um 2,6 % gestiegen, obwohl die Wassereinspeisung in Wiesbaden leicht rückläufig ist. Die abgerechnete Menge an versiegelter Fläche liegt um 1,3 % unter Vorjahrsniveau. Bei den Behältervolumina der Müllentsorgung ist nur ein leichter Rückgang zu beobachten, wohingegen die Ablagemengen auf der Deponie und die Altpapierlöse sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert haben. Im Bereich Straßenreinigung haben sich die erbrachten Leistungen nicht wesentlich verändert.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund weisen im Stadtgebiet Wiesbaden unverändert eine bedeutende Stellung im Wohnungsmarkt auf und sollen im Interesse der Stadt durch die Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten ein stabilisierender Faktor für die Mietpreisentwicklung in den Wohnquartieren sein. Durch Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierungen der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Immobilien sind geringfügig auf 122,5 Mio. € gestiegen

Gesamtabschluss 2012

Soziales

Durch soziale Leistungen sind Transferaufwendungen i. H. v. 351,9 Mio. € entstanden. Diese entfallen mit 148,6 Mio. € hauptsächlich auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u.a. Grundsicherung im Alter) und mit 110,1 Mio. € auf Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Im Altenpflegebereich ist die Ertragslage geprägt durch die auslastungsbedingten Erlöseinbußen bei gleichzeitigem Anstieg der Personalkosten aufgrund der Tarifsteigerungen.

Die Pflegeeinrichtung des Feierabendheims Simeonhaus GmbH konnte aufgrund der veralteten baulichen Strukturen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden und wurde aufgrund der Anordnung des Versorgungsamtes zum 29.02.2012 geschlossen. Seither beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Betrieb des "Wohnen mit Service" als Förderung der Altersfürsorge. Die betrieblichen Erträge sind deshalb auf 0,8 Mio. € zurückgegangen.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW) ist die Umsetzung des bereits im Geschäftsjahr 2008 entwickelten Konzepts zur Verbesserung der baulichen Rahmenbedingungen zeitnah zu forcieren. Ziel ist die Förderung der Altenhilfe, insbesondere durch die Konzipierung und das Angebot von Wohngelegenheiten, Pflege, sozialer und kultureller Betreuung alter Menschen. Die betrieblichen Erträge der AHW sind mit 8,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Der Betrieb einer stationären Altenpflegeeinrichtung und Akutgeriatrie ist Unternehmensgegenstand der HSK Pflege GmbH.

Bei der Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft WJW GmbH, die in den drei Kernbereichen „berufliche Integration“, „Ausbildung“ sowie „Produktion, Verarbeitung, Verkauf“ tätig ist, betrug die konsolidierte Gesamtleistung im Geschäftsjahr 2011/2012 rd. 13,2 Mio. €. Nach einem Rückgang im Vorjahr, der auf die Verringerung der Beschäftigungsmaßnahmen zurückging, ist die Gesamtleistung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wieder real gestiegen. Die Produktivität fällt jedoch im dritten Jahr hintereinander. Die Anlagennutzung, die das Maß der Nutzung der Angebote der Gesellschaft zeigt, fällt auf das bisher niedrigste Niveau. Allerdings geht die geringere Nutzung der Angebote nicht auf eine Veränderung der Nachfrage zurück. Dies liegt u. a. in der Kontingentierung der Ausbildung nach SGB II.

Tourismus

Der Eigenbetrieb TriWiCon bildet das Dach über die Messe- und Kongressaktivitäten der LHW und kann auf Basis von Beschlüssen, Betriebssatzungen und Kooperations- und Dienstleistungsverträgen eine einheitliche Unternehmensstrategie festlegen und die Gesellschaften wie die Rhein Main Hallen GmbH, die Kurhaus Wiesbaden GmbH und die Wiesbaden Marketing GmbH nach diesen Grundsätzen steuern.

Gesamtabschluss 2012

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen der LHW erfüllen einen öffentlichen Zweck. In der folgenden Tabelle wird zunächst der Zweck genannt und mit Aufgaben näher beschrieben. In einer weiteren Spalte ist die Gesellschaft angegeben, die diese Aufgaben erfüllt.

Unternehmenszweck	Gesellschaften
Ver- und Entsorgung, Verkehr	
Versorgung	
<p>Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.</p> <p>Zu dem Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen für eigene Rechnung, insbesondere Konzernunternehmen, sowie die Erbringung von Dienstleistungen für diese verbundenen Unternehmen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ESWE BioEnergie* • ESWE Energieservice* • ESWE Netz* • ESWE Taunuswind* • ESWE Versorgungs AG* • WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden • WVW Wiesbaden Holding GmbH*
Entsorgung	
<p>Unschädliche Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ELW Entsorgungsbetriebe • MBA Wiesbaden GmbH
Verkehr	
<p>Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistung im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ESWE Verkehrsgesellschaft mbH* • ESWE Verkehrsservice GmbH* • WiBus GmbH*
Stadtentwicklung und Wohnungsbau	
Wohnungsbau	
<p>Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie die Betreuung, die Bewirtschaftung, Errichtung und Verwaltung von Bauten aller Art in allen Rechts- und Nutzungsnormen.</p> <p>Zudem der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von sowie die Ausgabe von Erbbaurechten.</p> <p>Des Weiteren die Entwicklung, Verwaltung und Verwertung des Immobilienbestands.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH* • GWW Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft mbH* • WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG • WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH* • WVW Grundstücksverwaltung*

Gesamtabschluss 2012

Stadtentwicklung	
Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung. Zudem der Erwerb, die Veräußerung, die Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und die Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben. Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.	<ul style="list-style-type: none"> • SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH* • WiBau GmbH*
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung	
Soziales, Altenpflege	
Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums. Zu dem die Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.	<ul style="list-style-type: none"> • AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH • Feierabendheim Simeonhaus GmbH • HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH • HSK Pflege • HSK Rhein-Main GmbH
Ausbildung und Beschäftigung	
Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.	<ul style="list-style-type: none"> • WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH • EXINA
Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen und Sonstiges	
Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen	
Der Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser. Des Weiteren die Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesba-	<ul style="list-style-type: none"> • Kurhaus Wiesbaden GmbH • Mattiaqua Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für Quellen, Bäder und Freizeit • Rhein-Main-Hallen GmbH • TriWiCon Eigenbetrieb für Messe, Kongress und Touris-

Gesamtabschluss 2012

<p>den. Damit einhergehend die Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städte und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.</p>	<p>mus</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wiesbaden Marketing GmbH • Wikonect GmbH
<p>Sonstiges</p>	
<p>Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen. Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • WIVERTIS • ZVN

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns.*

Gesamtabschluss 2012

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2012 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2012
Ver- und Entsorgung, Verkehr	
Versorgung:	
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	1.263.017
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	3.264.918
Nutzbare Abgabe Wasser (Tm ³)	13.987
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	56,00
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	233.593
Länge des Fernwärmenetzes (km)	68
Entsorgung:	
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	27.790
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	750.952
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	370.379
Verkehr:	
Linienlänge (km)	641
Beförderungsfälle (Tsd.)	50.648
Platzkilometer im Linienverkehr (km)	892.128.258
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	28,4
Stadtentwicklung und Wohnungsbau	
Anzahl Wohnungen	13.079
Wohnfläche in m ²	834.146
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung	
Auslastung Altenhilfe (%)	95
Auszubildende inkl. Umschüler	468

Gesamtabschluss 2012

Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen und Sonstiges	
Anzahl Veranstaltungen Rhein-Main-Halle	77
Anzahl Besucher Rhein-Main-Halle	222.561
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.422.000

Gesamtabschluss 2012

1.1.5 Vermögenslage

	31.12.2012		01.01.2012		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktivseite						
Langfristig						
Immaterielle Vermögensgegenstände	37		31		6	19%
Sachanlagevermögen	2.931		2.947		-16	-1%
	<u>2.968</u>	73	<u>2.978</u>	74	-10	0%
Finanzanlagen, Sparkasse	584	14	561	14	23	4%
Forderungen	41	1	0	0	41	100%
	<u>3.593</u>	<u>88</u>	<u>3.539</u>	<u>88</u>	54	2%
Kurzfristig						
Vorräte	45	1	53	1	-8	-15%
Forderungen	194	5	244	6	-50	-20%
Flüssige Mittel	246	6	196	5	50	26%
	<u>485</u>	<u>12</u>	<u>493</u>	<u>12</u>	-8	-2%
	<u>4.078</u>	<u>100</u>	<u>4.032</u>	<u>100</u>	46	1%
	=====	=====	=====	=====		
Passivseite						
Langfristig						
Eigenkapital	1.761	43	1.709	42	52	3%
langfr. Rückstellungen	530	13	520	13	10	2%
Verbindlichkeiten	1.254	31	1.271	32	-17	-1%
	<u>3.545</u>	<u>87</u>	<u>3.500</u>	<u>87</u>	45	1%
Kurzfristig						
Verbindlichkeiten und kurzfr. Rückstellungen	533	13	532	13	1	0%
	<u>533</u>	<u>13</u>	<u>532</u>	<u>13</u>	1	0%
	4.078	100	4.032	100	46	1%
	=====	=====	=====	=====		

Die Bilanzsumme blieb mit 4.078 Mio. € gegenüber dem Eröffnungsbilanzstichtag bei einem Anstieg um 1 % annähernd unverändert.

Die Aktiva bzw. das städtische Vermögen ist mit einem Anteil von 88 % durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Gegenüber der Eröffnungsbilanz erhöhten sich diese um 2 % durch Zugänge bei den Finanzanlagen von 64 Mio. €. Die Sachanlagen blieben in der Höhe annähernd unverändert. Netto wurden im Berichtsjahr 99,4 Mio. € in Sachanlagen investiert, was einer Investitionsquote von 2 % und einer Reinvestitionsquote von 90 % entspricht.⁶

⁶ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2012

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte sowohl in der Eröffnungsbilanz als auch zum 31.12.2012 mit einem Anteil von 87 % langfristig.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten betrug 43 % nach 42 % in der Eröffnungsbilanz.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen belaufen sich auf 1.389 Mio. € nach 1.445 Mio. € in der Eröffnungsbilanz. Die Pro-Kopf-Verschuldung, bezogen auf die Kreditverbindlichkeiten des Verbundes, betrug zum Stichtag 5.033 € und ging damit im Berichtsjahr um 215 € zurück.⁷ In Hessen liegt sie im Durchschnitt bei 6.728 €, im Bundesdurchschnitt bei 6.699 €. ⁸ Die Unternehmen tragen einen Anteil von 74 % an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

⁷ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

⁸ Quelle: Bundesfinanzministerium

Gesamtabschluss 2012

1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der LHW (Kernverwaltung) und der Gesamtvermögensrechnung (Bilanz) unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Aktiva	2.521,0	4.077,7
Anlagevermögen	2.237,3	3.552,7
Umlaufvermögen	257,4	496,6
Rechnungsabgrenzungsposten	26,3	28,4
Passiva	2.521,0	4.077,7
Eigenkapital	1.324,2	1.473,7
Sonderposten	243,2	286,8
Rückstellungen	458,7	649,5
Verbindlichkeiten	458,9	1.625,1
Rechnungsabgrenzungsposten	36,0	42,6

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses erhöht sich durch die Einbeziehung von rd. 2,5 Mrd. € auf rd. 4,1 Mrd. €. Das bedeutet, dass nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen ca. 38 % des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Schulden i. H. v. 1,4 Mrd. € ausgegliedert worden. Während sich im Einzelabschluss der Stadt aufgrund einer Gesamtverschuldung von 0,9 Mrd. € eine Eigenkapitalquote von 62 % ergibt, beträgt die Gesamtverschuldung des Verbundes rd. 2,3 Mrd. € mit einer Eigenkapitalquote von 43 %. Bereits durch diesen Vergleich wird deutlich, dass letztendlich nur der konsolidierte Gesamtabschluss eine vollständige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der LHW ermöglicht.

Gesamtabschluss 2012

1.1.7 Ergebnissituation

	2012 Mio. €	2012 in % der Aufwendungen und Erträge
Privatrechtliche Leistungsentgelte	700	41
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	113	6
Steuern u.ä.	475	28
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	189	11
Erträge aus der Auflösung von SoPo	19	1
übrige ordentliche Erträge	230	13
Ordentliche Erträge	1.726	100
Personal- und Versorgungsaufwand	395	24
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	629	38
Abschreibungen	143	9
Transferaufwendungen	352	20
übrige ordentliche Aufwendungen	150	9
Ordentliche Aufwendungen	1.668	100
Verwaltungsergebnis	58	
Finanzergebnis	-2	
Außerordentliches Ergebnis	4	
Jahresüberschuss	60	

Gesamtabschluss 2012

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 60 Mio. € erzielt.

Das Verwaltungsergebnis beläuft sich auf 58 Mio. €

Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (41 %), noch vor den Steuern (28 %). Die ordentlichen Aufwendungen werden geprägt von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und den Aufwendungen für Personal und Versorgung. Die entsprechenden Quoten betragen 38 % bzw. 24 %. Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 104 %.⁹

Das Finanzergebnis ist mit - 2 Mio. € annähernd ausgeglichen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 4 %.¹⁰

⁹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

¹⁰ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2012

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss

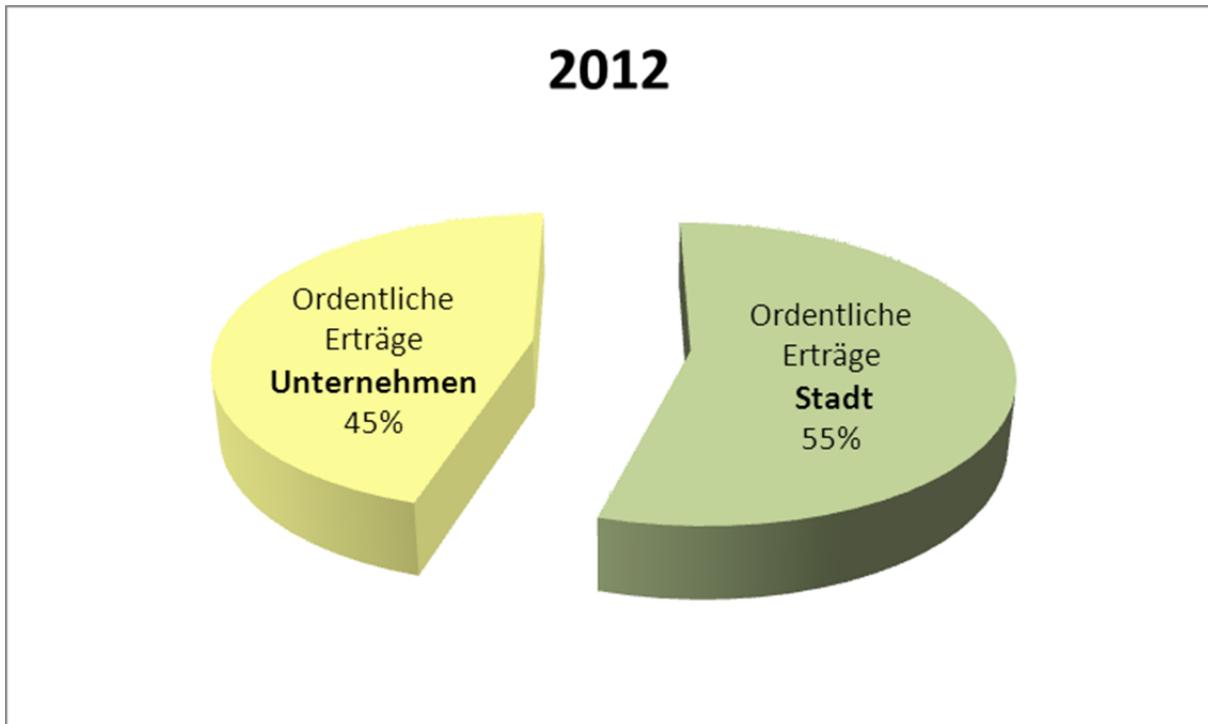
Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen ergebnisorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der Kernverwaltung der LHW und der Gesamtergebnisrechnung unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Ordentliche Erträge	949,2	1.726,1
Ordentliche Aufwendungen	948,6	1.667,3
Verwaltungsergebnis	0,6	58,8
Finanzergebnis	20,2	-2,4
Ordentliches Ergebnis	20,8	56,4
Außerordentliches Ergebnis	-1,7	3,9
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	19,1	60,3
Anderen Gesellschaften zustehendes Ergebnis	0,0	-17,3
Ergebnisvortrag aus Vorjahren	-49,3	11,9
Umgliederung Fremdanteile in Gewinnvortrag	0,0	0,7
Ausschüttungen	0,0	0,0
Entnahme/Zuführung zu den Rücklagen	49,3	49,3
Gesamtbilanzgewinn	19,1	104,9

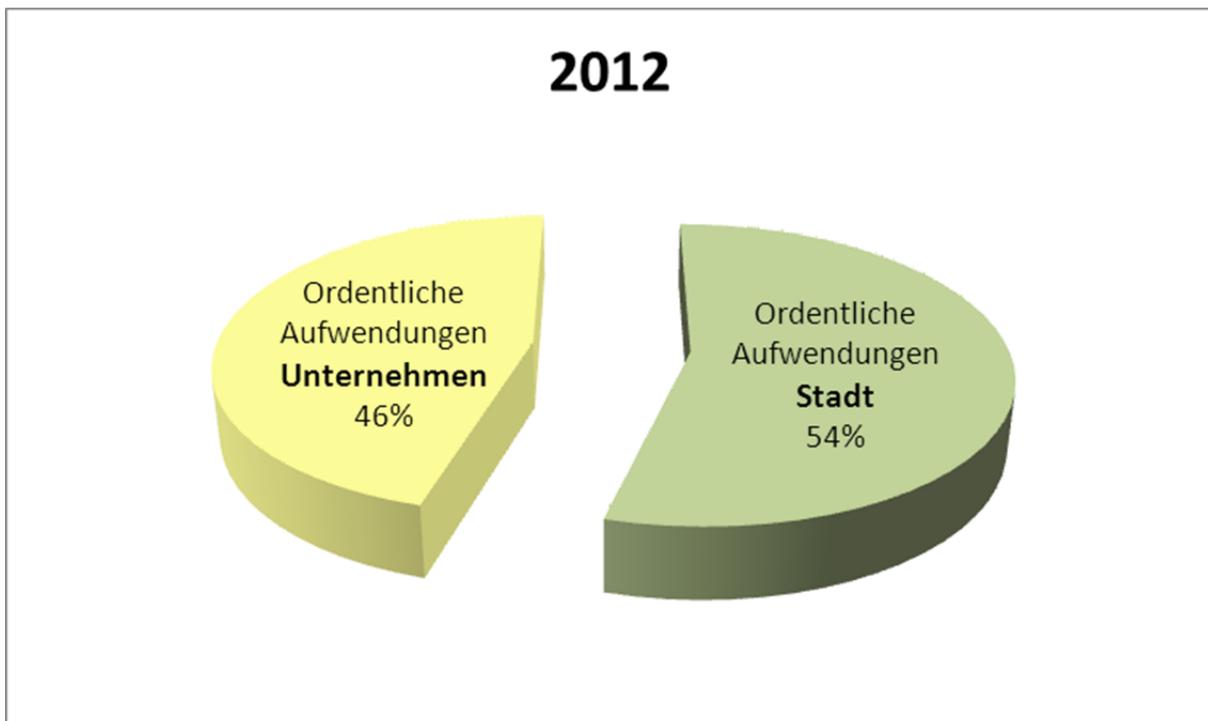
Sowohl die ordentlichen Erträge als auch die ordentlichen Aufwendungen des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger jeweils von gerundet 0,9 Mrd. € auf rd. 1,7 Mrd. €. Das bedeutet, dass sich nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen das Volumen der Geschäftstätigkeit des Verbundes durch die Einbeziehung nahezu verdoppelt. Der Jahresüberschuss verdreifacht sich von 19,1 Mio. € auf 60,3 Mio. €. Durch den Verlustvortrag der Kernverwaltung der LHW i. H. v. 49,3 Mio. €, der aus den Rücklagen gedeckt wird, bleibt der Bilanzgewinn im Einzelabschluss unverändert, während er sich in der Gesamtbetrachtung auf 104,9 Mio. € erhöht.

Gesamtabschluss 2012

Der Beitrag der Unternehmen zu den ordentlichen Erträgen im Verbund ermittelt sich mit 45 %.



Zu den ordentlichen Aufwendungen trugen die Unternehmen mit 46 % bei.



Gesamtabschluss 2012

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	2012
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	186
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-64
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-72

Im Berichtsjahr wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 186 Mio. € erzielt. Dieser wurde in Höhe von 64 Mio. € zur Finanzierung von Investitionen des Berichtsjahres und in Höhe von 55 Mio. € zur Verminderung von Finanzkrediten verwendet. 17 Mio. € erhielten dritte Anteilseigner der städtischen Beteiligungen an Dividenden. Der verbliebene Überschuss von 50 Mio. € erhöht den Finanzmittelfonds zum 31.12. des Berichtsjahres.

Gesamtabschluss 2012

1.2 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit

Der Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden ist gut aufgestellt, um dauerhaft leistungsfähig zu sein (s. hierzu auch Abschnitt 1.5). Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 43 % ist eine solide Basis um auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die gute Finanz- und Ergebnissituation wird allerdings durch bereits getroffene Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre belastet. Dies gilt z. B. für die Strukturveränderung im Öffentlichen Personennahverkehr, den Neubau der Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und den Neubau der Rhein-Main-Hallen. Um diese Investitionen zu finanzieren werden die Kreditverbindlichkeiten mittelfristig wieder zunehmen, da hierfür der laufende Cash Flow und die vorhandenen liquiden Mittel nicht ausreichen werden.

1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2012

Die RHÖN-KLINIKUM AG und die HELIOS Kliniken GmbH haben im September 2013 einen Kaufvertrag über den Erwerb von Kliniken, medizinischen Versorgungszentren und Servicegesellschaften der RHÖN-KLINIKUM AG abgeschlossen. Gegenstand der vertraglichen Vereinbarungen ist u. a. auch der Verkauf und die Abtretung der im Eigentum der RHÖN-KLINIKUM AG stehenden Geschäftsanteile an der HSK Kliniken GmbH an die HELIOS Kliniken GmbH. Entsprechend den Regularien bedarf die Anteilsübertragung der vorherigen Zustimmung der LHW sowie der HSK Rhein-Main GmbH. Der entsprechende Stadtverordnenbeschluss der LHW erfolgte am 22.05.2014.

In einer Sondersitzung des Aufsichtsrates der ESWE Verkehrsgesellschaft am 08.04.2014 wurden die Geschäftsführer Uwe Cramer und Stefan Burghardt von ihren Aufgaben als Geschäftsführer mit sofortiger Wirkung entbunden. Herr Jörg Gerhard wurde als alleiniger Geschäftsführer ernannt.

Darüber hinaus gab es keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die im Gesamtabschluss dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach dem Abschlussstichtag für das Haushaltsjahr 2012.

1.4 Chancen und Risiken

Die LHW rechnet bis 2030 mit einem Einwohnerzuwachs aus Wanderungsgewinnen. Damit bietet sich ihr die Chance auf eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung und sie verbese-

Gesamtabschluss 2012

sert relativ ihre Position im kommunalen Finanzausgleich. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht allerdings auch ein hoher Bedarf an Wohnraum und die Herausforderung für die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften, Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar zu machen.

Die Ertragslage der LHW ist abhängig von der Gewerbesteuer. 2012 und 2013 hat sie von der deutlichen Zunahme gegenüber den Vorjahren profitiert. Diese Steuerart wird aber stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bestimmt.

Das derzeit bestehende niedrige Zinsniveau bewirkt eine Haushaltsentlastung.

Der beschlossene Abriss der Rhein-Main-Hallen und ihr Neubau bieten die Chance auf einen konkurrenzfähigen Messebau am bisherigen Standort, aber auch zusätzliche Haushaltsbelastungen.

Aus Bundes- oder Landesgesetzen können der Stadt jederzeit neue Aufgaben und Finanzierungslasten auferlegt werden. So werden aus dem Ausbau der Kinderbetreuung ab 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von 18 Mio. € pro Jahr erwartet.

Aus der Versorgung ergeben sich Risiken für den Verbund LHW durch den Preisdruck auf die Netznutzungsentgelte im Hinblick auf die zweite Periode der Anreizregulierung durch die Regulierungsbehörde sowie in der Stromerzeugung durch den Ablauf des Gaslieferungsvertrags bei der KMW AG und des damit verbundenen wirtschaftlichen Betriebs der bestehenden (Gas-) Kraftwerke. Zudem besteht Druck auf die Vertriebsmargen durch verstärkten Wettbewerb um Endkunden. Chancen ergeben sich vor allem aus dem Ausbau regenerativer Energien.

Weitere Chancen eröffnen sich im Bereich Wohnungswirtschaft durch weiter Prozessoptimierungen und Effizienzsteigerungen.

Bei den Verkehrsgesellschaften ist weiterhin eine starke Kostenkontrolle aufgrund der bereits vorliegenden bzw. abzusehenden Kosten im Bereich des ÖPNV erforderlich.

Da die wichtigsten Leistungen der Entsorgungsbetriebe der LHW durch Gebühren finanziert werden, sind keine bedeutsamen Risiken oder Chancen für den Verbund LHW ersichtlich. Im Zusammenhang mit dem Bau einer Schlammdruckleitung sowie einer Zentrifugenstation hat die LHW jedoch gegenüber der ELW erklärt, dass sie bei einem Ausfall der Firma InfraServ das finanzielle Risiko aus einer eventuell erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibung übernimmt. Der Restbuchwert beträgt zum 31.12.2012 rd. 2,3 Mio. €. Die Eintrittswahrscheinlichkeit hierfür ist jedoch als äußerst gering einzuschätzen. Voraussetzung hierfür wäre des Weiteren, dass keine andere Nutzungsalternative für die Investition besteht und die ELW nicht über ausreichend Erträge aus den nicht gebührenrelevanten Bereichen verfügt.

Gesamtabschluss 2012

1.5 Perspektivischer Ausblick¹¹

Strategien und Ziele

Für die Jahre 2013 und 2014 wurde für die Kernverwaltung ein Doppelhaushalt von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. In den Unternehmen werden jährliche Wirtschaftspläne erstellt.

Verbund

Für den Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden ist insgesamt für 2013 mit einem höheren Ergebnis als in 2012 und für das Jahr 2014 mit einem positiven, wenn auch gegenüber 2013 niedrigerem Jahresergebnis zu rechnen.

Stadt Wiesbaden

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 ging noch von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 59 Mio. € aus, es konnte jedoch ein Überschuss i. H. v. rd. 28 Mio. € erzielt werden.

Verantwortlich dafür ist insbesondere die günstige Entwicklung der Gewerbesteuer (319 Mio. € gegenüber 255 Mio. € in 2012). Die weitere Prognose sieht 258 Mio. € in 2014 und 264 Mio. € in 2015 vor.

Der wichtigste Einzelbestandteil der Erträge ist die volatile Gewerbesteuer (2012: 26 %). Die Aufwendungen werden vom Transfer- und Personalaufwand (2012: 42 % bzw. 23 %) dominiert. 2013 entstand ein Transferaufwand i. H. v. 421 Mio. €; 2012 fielen 400 Mio. € an; für 2014 wird mit 417 Mio. € gerechnet. Personalaufwand fiel 2012 i. H. v. 224 Mio. € an, 2013 waren es 250 Mio. € und für 2014 sind 248 Mio. € geplant.

Für 2014 und 2015 geht die LHW von einem Jahresfehlbetrag von 21 Mio. € bzw. 13 Mio. € aus. Es zeichnet sich jedoch ab, dass zumindest für das Jahr 2014 ein positives Ergebnis erzielt werden könnte.

An Auszahlungen für Investitionen (Sachanlagen- und immaterielles Anlagevermögen sowie Finanzanlagen) sind 2013 rd. 49 Mio. € erfolgt, 2012 wurden Investitionsauszahlungen i. H. v. 37 Mio. € vorgenommen, für 2014 sind 137 Mio. € und für 2015 109 Mio. € vorgesehen.

2013 erreichen die Schulden mit 347 Mio. € den tiefsten Stand seit Jahren (2012: 359 Mio. €); für 2014 ist eine Zunahme auf 409 Mio. € geplant.

Bei Investitionen und Schulden wird sich die Übernahme und Finanzierung des Gebäudekomplexes am Platz der Deutschen Einheit mit rd. 50 Mio. € niederschlagen.

¹¹ Die Zahlen sind aus dem Haushaltsplan bzw. den Wirtschaftsplänen entnommen.

Gesamtabschluss 2012

WVV-Teilkonzern (Versorgung, Verkehr, Immobilien)

Das Jahresergebnis für 2013 wird deutlich besser als das Planergebnis ausfallen, während für das Jahr 2014 weiterhin ein positives, jedoch leicht rückläufiges Ergebnis erwartet wird.

ELW (Entsorgung)

Der Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sieht für das Wirtschaftsjahr 2013 ein positives Ergebnis in Höhe von 2,2 Mio. € vor, das auch annähernd so erzielt wurde.

An Auszahlungen für Investitionen sind 2013 rd. 17 Mio. € erfolgt (2012: 18 Mio. €), für 2014 sind 24 Mio. € vorgesehen.

Der Verschuldungsgrad nimmt kontinuierlich ab, für 2013 beträgt die Eigenkapitalquote rd. 33 % (2012: 32 %).

1.6 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern

Die Angaben über die nicht einbezogenen Aufgabenträger sind dem Punkt 3.1.2 zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2012 verwiesen.

Gesamtabschluss 2012

2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2012		01.01.2012	
	€	€	€	€
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	5.626.943,66		5.838.823,37	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	31.690.503,00		24.767.250,00	
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		50.985,00	
		37.317.446,66		30.657.058,37
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.849.982.106,78		1.847.729.114,91	
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	869.921.101,64		886.852.983,89	
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	29.663.551,37		34.311.836,06	
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	80.640.196,26		78.465.861,30	
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	100.794.170,76		100.120.668,26	
		2.931.001.126,81		2.947.480.464,42
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.960,87		1.908.960,87	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.400,00		7.200,00	
1.3.3 Beteiligungen	283.733.439,73		248.945.170,46	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.841.234,21		29.997.589,86	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.000,00		35.700.000,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	71.545.713,30		71.109.622,11	
		410.752.748,11		387.668.543,30
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen		173.640.000,00		173.640.000,00
		3.552.711.321,58		3.539.446.066,09
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		5.371.172,95		5.167.900,12
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		40.019.645,56		48.288.496,72
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	47.050.973,50		53.413.589,77	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	38.080.931,56		19.550.731,44	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	76.013.812,98		101.905.626,54	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	678.098,71		490.783,47	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	43.815.907,68		41.575.859,99	
		205.639.724,43		216.936.591,21
2.5 Flüssige Mittel		245.581.082,60		195.563.703,93
		496.611.625,54		465.956.691,98
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		28.415.823,87		26.600.476,12
		4.077.738.770,99		4.032.003.234,19

Gesamtabschluss 2012

PASSIVA Position	31.12.2012		01.01.2012	
	€	€	€	€
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	44.094.365,83		93.441.874,03	
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		45.978.326,70		95.325.834,90
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust		104.893.195,96		11.867.136,47
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital		63.796.227,85		63.952.640,90
		1.473.757.438,77		1.430.235.300,53
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.314.831,61		205.417.301,05	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	14.903.909,84		10.565.313,03	
2.1.3 Investitionsbeiträge	39.440.463,00		42.328.403,00	
		255.659.204,45		258.311.017,08
2.2 Sonstige Sonderposten		31.101.909,00		20.296.658,01
		286.761.113,45		278.607.675,09
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		468.135.610,41		461.687.586,74
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse		153.146,68		0,00
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		60.087.993,09		56.125.966,58
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		1.307.752,69		1.891.579,17
3.5 Sonstige Rückstellungen		119.814.317,42		103.391.925,98
		649.498.820,29		623.097.058,47
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.181.125.186,16		1.232.462.579,83	
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	37.518.127,72		38.265.048,17	
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	169.740.379,54		173.795.537,17	
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0,00		0,00	
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	175.028,28		0,00	
		1.388.558.721,70		1.444.523.165,17
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		12.473.439,08		12.335.034,85
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		57.976.379,18		54.030.268,67
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		3.623.308,99		3.622.275,42
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		23.490.755,43		3.208.037,47
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten		138.992.896,76		131.338.723,91
		1.625.115.501,14		1.649.057.505,49
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		42.605.897,34		51.005.694,61
		4.077.738.770,99		4.032.003.234,19

Gesamtabschluss 2012

2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012 €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	700.051.928,94
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	112.889.624,07
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17.471.010,36
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-861.081,39
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	474.991.630,50
6	Erträge aus Transferleistungen	167.601.043,66
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	189.064.692,05
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	19.110.723,95
9	Sonstige ordentliche Erträge	45.811.130,44
10	Summe der ordentlichen Erträge	1.726.130.702,58
11	Personalaufwendungen	362.501.232,42
12	Versorgungsaufwendungen	32.064.458,28
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	628.881.219,89
14	Abschreibungen	142.531.696,13
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	40.348.121,24
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	98.061.798,01
17	Transferaufwendungen	351.905.110,92
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.050.439,51
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.667.344.076,40
20	Verwaltungsergebnis	58.786.626,18
21	Finanzerträge	64.110.623,52
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66.463.606,70
23	Finanzergebnis	-2.352.983,18
24	Ordentliches Ergebnis	56.433.643,00
25	Außerordentliche Erträge	26.903.885,98
26	Außerordentliche Aufwendungen	23.016.513,47
27	Außerordentliches Ergebnis	3.887.372,51
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	60.321.015,51
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-17.333.784,21
Ergebnisverwendung		
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	11.867.136,47
30a	Umgliederung Fremdanteile in Gewinnvortrag	691.319,99
31	Entnahme/Zuführung zu den Rücklagen	49.347.508,20
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	104.893.195,96

Gesamtabschluss 2012

2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012 in €
1		Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	56.433.643
2	+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	115.615.571
3	+ / -	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	26.401.762
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	19.148.161
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	32.182.754
5	- / +	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	15.235.297
6	- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	17.547.097
7	+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	22.643.013
8	+ / -	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	14.295.908
9		Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 8)	186.370.783
10a	+ / -	Ein- / Auszahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen, -beiträgen u. -zuschüssen f. Sachanlagen	26.802.508
10b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	29.558.723
11	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-114.020.254
12a	+ / -	Ein- / Auszahlungen a. Erhalt. Investitionszuweis., -beiträgen u. -zuschüssen f. immater. Anlagevermögen	499.091
12b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	1.391.235
13	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-13.597.761
14	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	8.250.746
15	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.454.000
16	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0
17	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0
18	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
19	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
20		Cashflow aus Investitionstätigkeit (Summe aus 10 bis 19)	-64.569.712
21	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile etc.)	0
22	-	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-16.798.877
23	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	69.704.133
24	-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-124.688.947
25		Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus 21 bis 24)	-71.783.692
26		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 20, 25)	50.017.379
27	+ / -	Wechselkurs-, Konsolidierungskreis - und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
28	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	195.563.704
29	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 26 bis 28)	245.581.083

Gesamtabschluss 2012

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 16.12.2011 und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 27.12.2011. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport vom 22.01.2013 wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs.7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie §§ 311 f. HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Einbeziehung assoziierter Unternehmen mit dem Rechtsstand 06.12.2011).

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zur GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht bei der Kapitalkonsolidierung vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Nach 5.3. der Hinweise konnten bei der Verrechnung entstehende Geschäfts- oder Firmenwert ergebnisneutral mit den Rücklagen verrechnet werden.

Gem. 5.4. der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gem. 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden. Aus demselben Grund kann gem. 7.2 auf eine Zwischenergebniseliminierung verzichtet werden.

Die Beteiligung an einem assoziierten Aufgabenträger ist, nach 10.1 der Hinweise, mit dem anteiligen Eigenkapital dieses Aufgabenträgers -ermittelt nach Buchwerten- im Gesamtabschluss anzusetzen.

3.1.2 Abgrenzung Konsolidierungskreis

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Gesamtabschluss 2012

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers verwendet. Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauische Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs. 5 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Da der Zweckverband bei Erstellung seiner Jahresabschlüsse jedoch im Verzug ist, konnte eine Einbeziehung at equity nicht erfolgen.

Stiftungen sind in diesem Abschluss nicht zu konsolidieren, da die LHW derzeit nur über treuhänderische, nicht jedoch über rechtlich selbstständige Stiftungen verfügt.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 5 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden (§ 112 Abs. 5 Satz 4 HGO i. V. m. § 112 Abs. 1 Satz 4 HGO).

Eine nachrangige Bedeutung ist gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung anzunehmen, wenn die Bilanzsumme und die ordentlichen Erträge dauerhaft maximal 5 % der unkonsolidierten Bilanzsumme und der ordentlichen Erträge aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW ausmachen. Wenn die Betrachtung einzelner Indikatoren zu unterschiedlichen Ergebnissen führen sollte, wird über die Einbeziehung anhand einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden.

Gesamtabschluss 2012

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden, sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Assoziierte Unternehmen

- ARGE Energiesparpartnerschaft Dr. Horst-Schmidt Klinik GbR
- Wikonect GmbH
- ZVN Finanz GmbH

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. In den Konsolidierungskreis der WVV aufgenommen wurde die neu gegründete ESWE Taunuswind GmbH (25 T€). Als weitere neue Gesellschaft ist die WWE Wiesbadener Windpark Entwicklungsgesellschaft mbH (12,5 T€) at equity bewertet.

Gesamtabschluss 2012

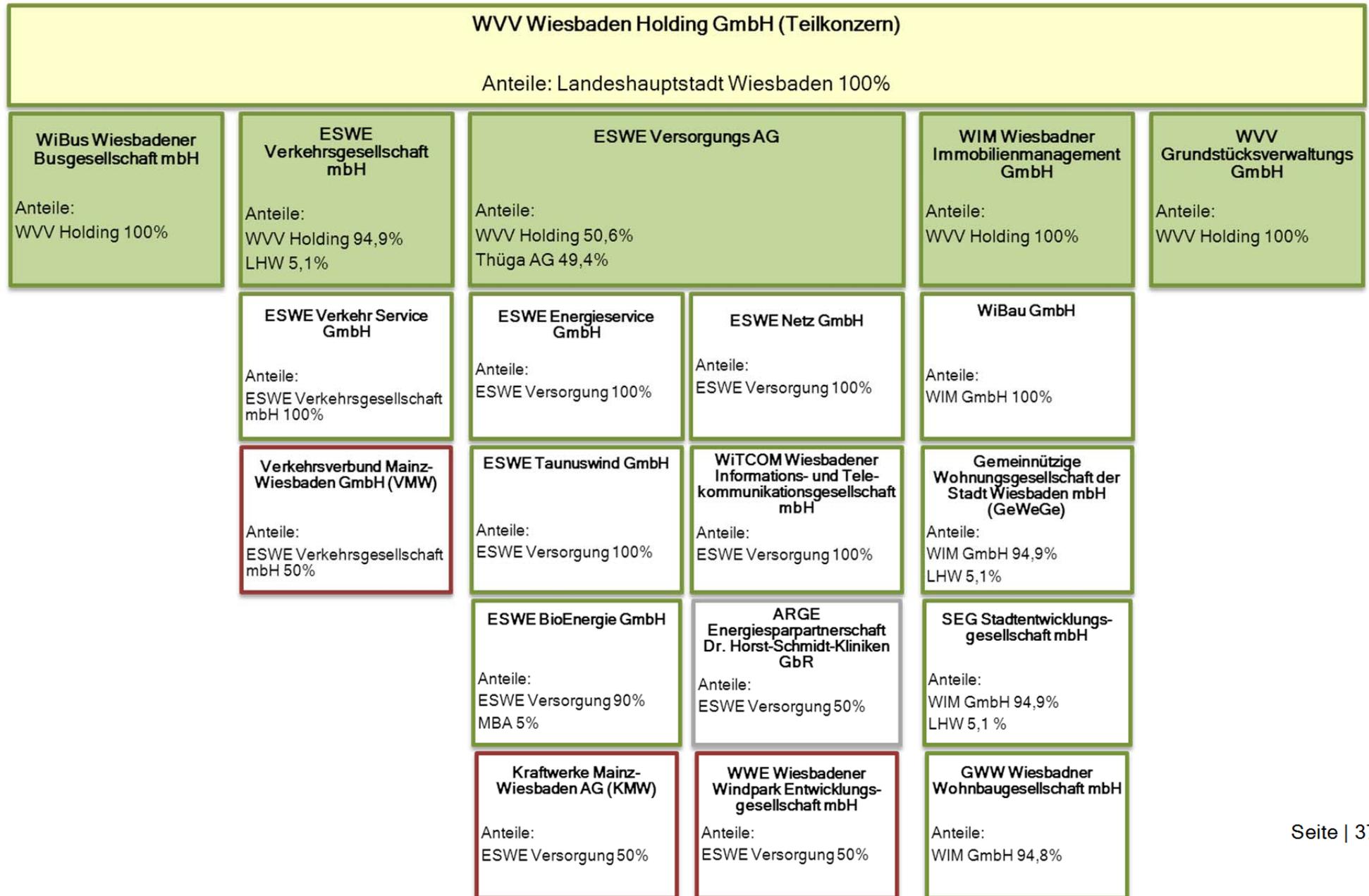
Landeshauptstadt Wiesbaden

WVV Wiesbaden Holding GmbH (Teilkonzern) Anteile: LHW 100%
AltenHilfe Wiesbaden GmbH (AHW) Anteile: LHW 100%
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) Anteile: LHW 100%
HSK Rhein-Main GmbH Anteile: LHW 100%
mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für Quellen - Bäder - Freizeit Anteile: LHW 100%
TriWiCon - Eigenbetrieb für Messe, Kongress und Tourismus Anteile: LHW 100%
Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW) Anteile: LHW 100%
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH (WJW) Anteile: LHW 100%
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG Anteile: LHW 100%
Feierabendheim Simeonhaus GmbH Anteile: LHW 94,9%
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH Anteile: LHW 49,9%
Abwasserverband Flörsheim Anteile: LHW 38,5%
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH Anteile: LHW 100%
EXINA GmbH Anteile: LHW 66,7%
ZVN Finanz GmbH Anteile: LHW 24,6%

MBA Wiesbaden GmbH Anteile: ELW 100%
HSK Pflege GmbH Anteile: HSK Rhein-Main 100%
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH Anteile: HSK Rhein-Main 51% (Stimmanteile 48,1%)
Kurhaus Wiesbaden GmbH Anteile: TriWiCon 100%
Wiesbaden Marketing GmbH Anteile: TriWiCon 100%
Rhein-Main-Hallen GmbH Anteile: TriWiCon 100%
Wikonect GmbH Anteile: TriWiCon 25,2%

- Verbundene Unternehmen
- Assoziierte Unternehmen
- Nicht konsolidierte Unternehmen

Gesamtabschluss 2012



Gesamtabschluss 2012

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs.3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlusserstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Die Erstkonsolidierung erfolgte zum Stichtag der Eröffnungsbilanz für den Gesamtabschluss, dem 01.01.2012.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung wurden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger zum Stichtag der Eröffnungsbilanz verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde. Das Eigenkapital wurde mit seinem Buchwert angesetzt. Da sich Beteiligungsbuchwert und anteiliges Eigenkapital aber nicht entsprechen, ergaben sich bei dieser Verrechnung die folgenden Unterschiedsbeträge:

Aktive Unterschiedsbeträge:

Gesellschaft	Betrag in €
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	5.359.075,92
Wiesbaden Marketing GmbH	40.000,71

Gesamtabschluss 2012

Passive Unterschiedsbeträge:

Gesellschaft	Betrag in €
WVV-Teilkonzern	- 54.209.658,90
ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	- 6.775.887,89
HSK Rhein-Main GmbH	- 4.628.502,02
WIM Liegenschaftsfonds GmbH&Co.KG	- 2.727.809,88
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	- 2.416.317,26
Rhein-Main-Hallen GmbH	- 1.537.138,87
MBA Wiesbaden GmbH	- 594.842,06
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	- 576.206,11
HSK Pflege GmbH	- 462.903,41
TriWiCon	- 279.915,31
Kurhaus Wiesbaden GmbH	- 225.800,29

In der Konzernrechnungslegung gilt die Fiktion der Erwerbsmethode. Dies bedeutet, dass die Einbeziehung des vollkonsolidierten Aufgabenträgers so dargestellt wird, als hätte der Verbund zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (hier also zum 01.01.2012) die Vermögensgegenstände und Schulden des Aufgabenträgers einzeln erworben. Der Buchwert der Beteiligung im Verbund stellt daher die Anschaffungskosten für alle Vermögensgegenstände des Aufgabenträgers abzüglich dessen Schulden dar, soweit sie nach der Beteiligungsquote auf die LHW entfallen.

Ein aktiver Unterschiedsbetrag - d. h. der Buchwert der Beteiligung ist höher als das anteilige Eigenkapital - bedeutet nach dieser Fiktion, dass für den Aufgabenträger höhere Anschaffungskosten aufgewendet wurden, als der Wert der Vermögensgegenstände abzüglich der Schulden zu Buchwerten. Die Differenz entfällt nach dieser Logik entweder auf stille Reserven in den Vermögensgegenständen (ggf. gegenzurechnen mit stillen Lasten aus nicht oder nicht in ausreichender Höhe passivierten finanziellen Risiken) oder auf einen Geschäfts- bzw. Firmenwert, der berücksichtigt, dass ein Unternehmen mehr wert ist als die Summe seiner Bestandteile.

Ein passiver Unterschiedsbetrag, welcher entsteht, wenn der Beteiligungsbuchwert niedriger ist als die anteiligen Buchwerte der Vermögensgegenstände abzüglich der Schulden, entfällt nach der Erwerbsfiktion entweder auf stille Lasten oder stellt einen „günstigen Kauf“ dar.

Grundsätzlich wären nach der Erwerbsmethode daher im Rahmen der Erstkonsolidierung die Unterschiedsbeträge in einem ersten Schritt auf stille Reserven und/oder stille Lasten zu verteilen, d. h. deren Buchwerte zu erhöhen und ein verbleibender Differenzbetrag entweder als Geschäfts- bzw. Firmenwert auszuweisen oder im Eigenkapital des Verbundes aufzuweisen.

Gesamtabschluss 2012

Der aktive Unterschiedsbetrag der Feierabendheim Simeonhaus GmbH wurde vollständig mit den Rücklagen verrechnet. Er resultierte aus dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in der Gesellschaft. Stille Reserven bei den Vermögensgegenständen bestanden nicht. Schließlich erfolgte die Verrechnung nach 5.3 der Hinweise zur GemHVO.

Der Unterschiedsbetrag der Wiesbaden Marketing GmbH wurde aus Wesentlichkeitsgründen nicht weiter verfolgt.

Die passiven Unterschiedsbeträge wurden ebenfalls vollständig mit den Rücklagen verrechnet. Wesentliche bilanzierungsfähige stille Lasten bestanden nicht. Die Behandlung eines passivischen Unterschiedsbetrages ist weder in der GemHVO noch in den Hinweisen geregelt. Daher wurden § 309 Abs. 2 HGB und die Verrechnungsmöglichkeit für Geschäfts- und Firmenwerte nach 5.3 der Hinweise zur GemHVO analog angewandt. Die historischen Beteiligungsbuchwerte waren bei Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 der Kernverwaltung aus dem (anteiligen) Eigenkapital der Unternehmen abgeleitet worden. Die Unterschiedsbeträge resultieren daher aus realisierten Gewinnen der Unternehmen.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger wurden zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt.

Der aktive Unterschiedsbetrag der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH wurde vollständig mit den Rücklagen verrechnet. Diese Beteiligung wird nicht unmittelbar von der Kernverwaltung gehalten sondern mittelbar über die HSK Rhein-Main GmbH. Der Beteiligungsbuchwert in der Kernverwaltung für die HSK Rhein-Main GmbH betrug zum 01.01.2012 1 €. Aufgrund des Anschaffungskostenhöchstprinzips ist die Beibehaltung des höheren Buchwertes nicht zulässig. Die HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus. Ein negativer Ansatz im Gesamtabschluss ist nicht zulässig, die Allokation stiller Reserven erübrigt sich.

Der Unterschiedsbetrag der WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH wurde aus Wesentlichkeitsgründen nicht weiter verfolgt.

At-Equity angesetzter Aufgabenträger	Buchwert der Anteile in €	Ansatz in der zusammengefassten Vermögensrechnung in €	Unterschiedsbetrag in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH	7.117.500,00	0,00	7.117.500,00
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	0,00	214.399,80	214.399,80

Dieser Ansatz wurde entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2012

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB wurden gewährte und erhaltende Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung wurden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen wurden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Grundsätzlich konnte auf eine Zwischenergebniseliminierung verzichtet werden, da die angefallenen Zwischengewinne bzw. Zwischenverluste unterhalb der definierten Wesentlichkeitsgrenze für die Aufstellung des Gesamtabschlusses lagen. Im Berichtsjahr 2012 wurde lediglich exemplarisch der bei einem Grundstücksverkauf entstandene Verlust i. H. v. 0,3 Mio. € eliminiert und die Vermögensgegenstände entsprechend wertmäßig angepasst.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport gehen in 6.5, 7.2 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus 2.11. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgabe.

Gesamtabschluss 2012

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gem. § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich cursorisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergeben, die am Stichtag 48 % (LHW), 38 % (WVV) und 10 % (ELW) also insgesamt 96 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitragen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zu Grunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper wird von der leistungsabhängigen Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 5 EStG Gebrauch gemacht.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Finanzanlagen kommt in der Kernverwaltung zwischenzeitlich die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode für die Eigenbetriebe zur Anwendung, bei den Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer werden durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit werden grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallri-

Gesamtabschluss 2012

siken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch eine pauschale Wertberichtigung berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Auf die Ermittlung von aktiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise direkt von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Rückstellungen

Die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Die Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck für die Kernverwaltung der LHW ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die

Gesamtabschluss 2012

Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der Aufgabenträger sind nach dem Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Anwendung des pauschalen durchschnittlichen Marktzinssatzes der Deutschen Bundesbank für Restlaufzeiten von 15 Jahren bewertet. Zum Bilanzstichtag wurde ein Zinssatz von 5,04 % zugrunde gelegt (für die Altersteilzeitrückstellungen der WVV 3,69 %).

Die Rückstellung der Kernverwaltung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats September. Das Leistungsentgelt soll ab 2014 auf Basis der abgeschlossenen Dienstvereinbarung ausgezahlt werden.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf die Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

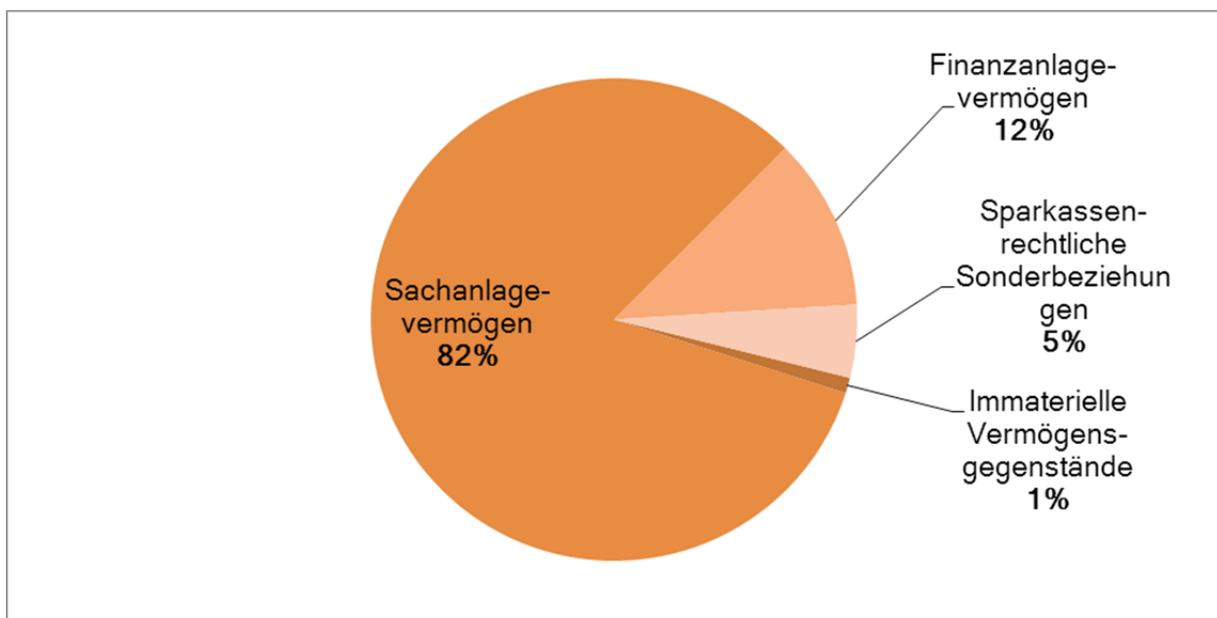
Gesamtabschluss 2012

3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

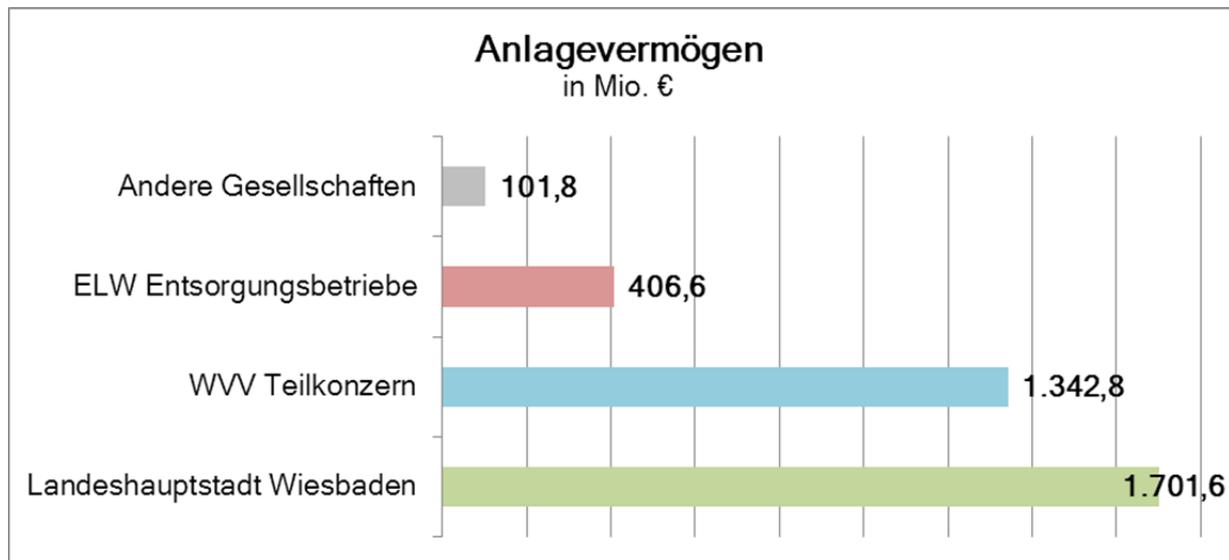
Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum geringfügig auf nunmehr 3.552,7 Mio. € angestiegen.

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Anlagevermögen	3.552,7	3.539,5	13,2 ↑
Immaterielle Vermögensgegenstände	37,3	30,7	6,6 ↑
Sachanlagevermögen	2.931,0	2.947,5	-16,5 ↓
Finanzanlagevermögen	410,8	387,7	23,1 ↑
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173,6	173,6	0,0 →



Gesamtabschluss 2012

Das Anlagevermögen verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	37,3	30,7	6,6 ↑
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	5,6	5,8	-0,2 ↓
Geleistete Investitionszuweisungen, -zuschüsse	31,7	24,8	6,9 ↑
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,1	-0,1 ↓

Im Berichtsjahr erhöhten sich die immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um 6,6 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die geleisteten Investitionszuweisungen. Der Anstieg um 6,9 Mio. € resultiert insbesondere aus dem von der LHW gewährten Investitionszuschuss für den Bau des Kulturzentrums Schlachthof.

Gesamtabschluss 2012

Sachanlagevermögen

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Sachanlagevermögen	2.931,0	2947,5	-16,5 ↓
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.850,0	1.847,7	2,3 ↑
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	869,9	886,9	-17,0 ↓
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	29,7	34,3	-4,6 ↓
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	80,6	78,5	2,1 ↑
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	100,8	100,1	0,7 ↑

Im Berichtsjahr verminderte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 16,5 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2012	2.947,5
Zugänge	119,8
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-109,8
Umbuchungen	-6,0
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-20,5
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2012	2.931,0

Gesamtabschluss 2012

Ausgewählte Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Zugänge in Mio. €	
Bau und Modernisierung von Wohnungen	23,8
Bau eines Biomasseheizkraftwerkes	17,3
Investitionen im Bereich Entwässerung	12,3
Netzerweiterungen im Strom-, Gas- und Telekommunikationsnetz	9,8
Investitionen im Bereich Straßen*	6,1
Investitionen im Bereich Schulen*	5,5
Investitionen im Bereich Abfallbehandlung	2,9
Übrige (u. a. Betriebs- und Geschäftsausstattung)	42,1
Summe	119,8

** zusätzlich gibt es umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen, die nicht bei den Zugängen gezeigt werden.*

Die Abgänge i. H. v. 20,5 Mio. € resultieren insbesondere aus Grundstücksverkäufen der Immobiliensparte im WVV-Teilkonzern und bei der Kernverwaltung der LHW i. H. v. 11,4 Mio. € bzw. 4,8 Mio. €.

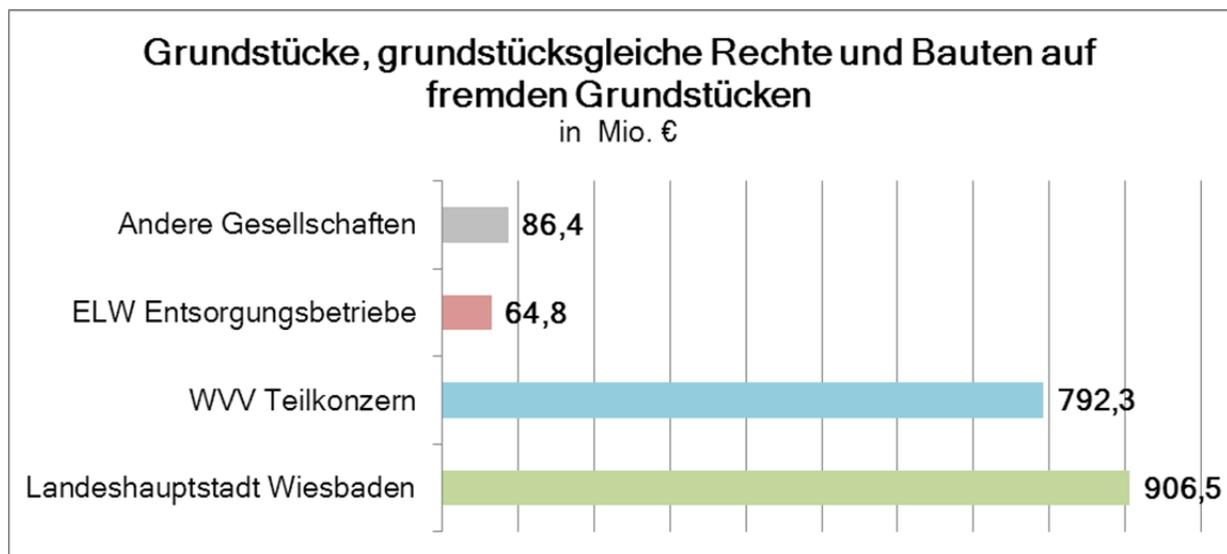
Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

Gesamtabschluss 2012

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.850,0	1.847,7	2,3 ↑
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	686,1	690,4	-4,3 ↓
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	495,4	490,3	5,1 ↑
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	136,5	144,3	-7,8 ↓
Unbebaute Grundstücke	139,3	131,4	7,9 ↑
Sonstiges	392,7	391,3	1,4 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition geringfügig auf insgesamt 1.850,0 Mio. €. Wertmäßig am bedeutendsten sind die Wohngebäude mit 686,1 Mio. € und die Schulgebäude mit 495,4 Mio. €.

Die Position setzt sich wie nachstehend zusammen.



Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

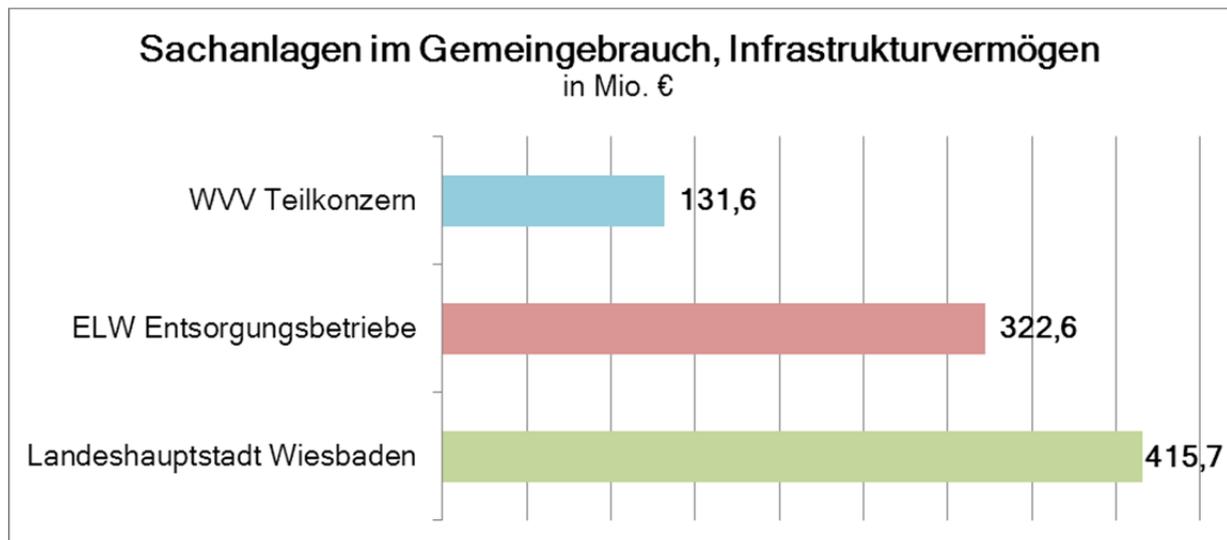
Das Sachanlagevermögen wird zum anderen geprägt durch Sachanlagen im Gemeindegebrauch und Infrastrukturvermögen.

Gesamtabschluss 2012

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	869,9	886,9	-17,0 ↓
Kanalisation, Kläranlagen	305,8	313,3	-7,5 ↓
Straßen, Wege, Plätze	236,0	242,7	-6,7 ↓
Energieversorgungsnetz	131,6	135,2	-3,6 ↓
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	63,9	62,5	1,4 ↑
Wald	46,3	46,3	0,0 ↑
Sonstiges	86,3	86,9	-0,6 ↓

Im Berichtsjahr verringert sich das Infrastrukturvermögen auf 869,9 Mio. € (Eröffnungsbilanz 886,9 Mio. €). Wesentliche Positionen sind Kanalisation und Kläranlagen mit 305,8 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 236,0 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 131,6 Mio. €.

Es verteilt sich folgendermaßen auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:



Gesamtabschluss 2012

Finanzanlagen

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Finanzanlagevermögen	410,6	387,6	23,0 ↑
Anteile an verbundenen Unternehmen	1,9	1,9	0,0 →
Beteiligungen	283,7	248,9	34,8 ↑
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17,8	30,0	-12,2 ↓
Wertpapiere des Anlagevermögens	35,7	35,7	0,0 →
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	71,5	71,1	0,4 ↑

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen um 23,0 Mio. € auf 410,6 Mio. € gestiegen. Die größte Veränderung ergab sich im Bereich der Beteiligungen in Kombination mit den Ausleihungen. Der Anstieg von 34,8 Mio. € kommt aus dem Bereich des WVV Teilkonzerns. Er resultiert mit 21,7 Mio. € aus der Fortschreibung der Equity-Bewertung der KMW, einer Kapitalerhöhung bei der Thüga Erneuerbare Energien mit einer Buchwerterhöhung um 1,3 Mio. € und der Wandlung eines an die Kom9 gegebenes Darlehen in Höhe von 11,8 Mio. €, wodurch die Ausleihungen an Beteiligungsunternehmen zurückgingen, während sich der Beteiligungsbuchwert entsprechend erhöhte.

Im Berichtsjahr wurden 49 % der Anteile Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH (HSK) an die Rhön-Klinikum AG verkauft, die auch die Geschäftsleitung übernahm. Im Vorgriff wurde bereits in der Eröffnungsbilanz darauf verzichtet die HSK als verbundenes Unternehmen darzustellen. Die Rhön-Klinikum AG stellte die LHW von der Inanspruchnahme der Bürgschaften (77,2 Mio. €, Stand 31.12.2011) und der Patronatserklärung gegenüber der HSK frei und verpflichtete sich, die Zahlungsfähigkeit der HSK sicherzustellen und umfangreiche Investitionen in einen Neubau und die Technik vorzunehmen. Die von der LHW an die HSK gewährten Kassenkredite (33,7 Mio. €, Stand: 31.12.2011) wurden inzwischen vollständig zurückgezahlt. Im Gegenzug bestehen noch Zahlungsverpflichtungen i. H. v. 23,0 Mio. € (s. u. 3.2.7).

Die LHW ist gemäß Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 09.02.2012 dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH beigetreten. Die Beteiligungsquote beträgt 8,34 %. Der Kulturfonds fokussiert sich auf die Förderung der Kultur und Kunst in der Region.

Auf Basis der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.03.2012 wurde der Anteilskauf durch die LHW vom Exina Verein durchgeführt. Der Anteil an der Exina GmbH beläuft sich nun auf rd. 66 %.

Zu den Wertpapieren des Anlagevermögens gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001).

Gesamtabschluss 2012

Die Ausleihungen beinhalten im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

3.2.2 Umlaufvermögen

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Umlaufvermögen	496,6	466,0	30,6 ↑
Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5,4	5,2	0,2 ↑
Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	40,0	48,3	-8,3 ↓
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	205,6	216,9	-11,3 ↓
Flüssige Mittel	245,6	195,6	50,0 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Umlaufvermögen um 30,6 Mio. € und beträgt zum 31.12.2012 insgesamt 496,6 Mio. €. Zum Umlaufvermögen gehören Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen von 5,4 Mio. €. Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse, Leistungen und Waren i. H. v. 40,0 Mio. € beinhalten insbesondere noch nicht abgerechnete Betriebskosten und Leistungen im Baubereich sowie zum Verkauf bestimmte Grundstücke der Aufgabenträger.

Gesamtabschluss 2012

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 205,6 Mio. € setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	205,6	216,9	-11,3 ↓
Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	47,0	53,4	-6,4 ↓
Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	38,1	19,5	18,6 ↑
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	76,0	101,9	-25,9 ↓
Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	0,7	0,5	0,2 ↑
Sonstige Vermögensgegenstände	43,8	41,6	2,2 ↑

Die Forderungen aus Zuweisungen u. ä. beinhalten eine Forderung der LHW gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 41,7 Mio. €, die gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes hier ausgewiesen sind. In gleicher Höhe ist bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert.

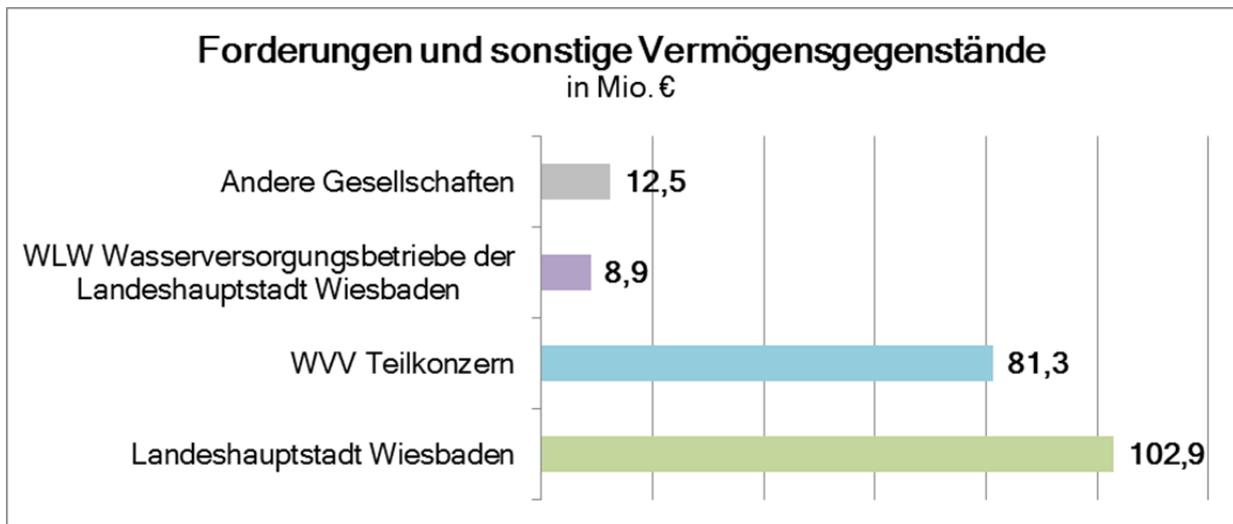
Die Forderungen aus Steuern, insbesondere der Gewerbesteuern haben im Vergleich zur Eröffnungsbilanz aufgrund mehrerer größerer Nachveranlagungen zugenommen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind gegenüber der Eröffnungsbilanz um 25,9 Mio. € gesunken.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich geringfügig auf 43,8 Mio. € erhöht.

Gesamtabschluss 2012

Die Aufteilung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die Restlaufzeiten sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

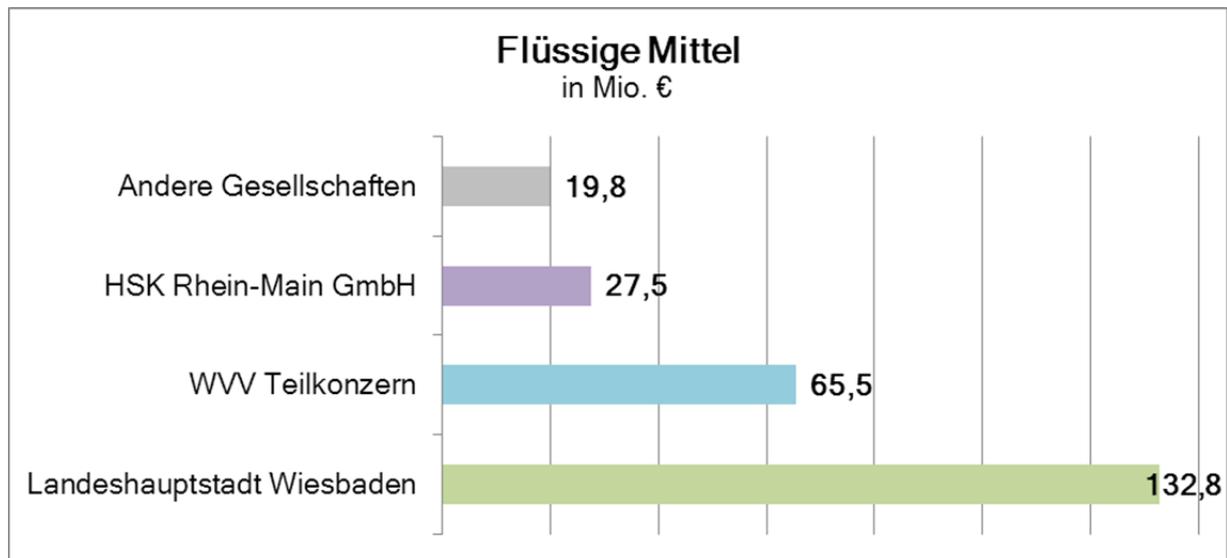
Flüssige Mittel

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Flüssige Mittel	245,6	195,6	50,0 ↑
Guthaben bei Kreditinstituten	245,4	195,4	50,0 ↑
Kasse	0,2	0,2	0,0 →

Zum 31.12.2012 betragen die flüssigen Mittel 245,6 Mio. €. Die Entwicklung ist aus der zusammengefassten Finanzrechnung ersichtlich, welche die Mittelherkunft und -verwendung der liquiden Mittel aufzeigt.

Gesamtabschluss 2012

Bezogen auf die Gesellschaften stellt sich die Verteilung folgendermaßen dar:



Voraussichtlich werden die liquiden Mittel der HSK Rhein-Main GmbH u.a. durch vertragliche Verpflichtungen gegenüber der RHÖN-KLINIKUM AG bzw. HELIOS Kliniken GmbH bis Ende 2014 aufgebraucht sein.

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	28,4	26,6	1,8 ↑
Landeshauptstadt Wiesbaden	26,3	25,5	
WVW Teilkonzern	1,4	0,7	
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	0,4	0,0	
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	0,1	0,1	
TriWiCon	0,1	0,2	
Kurhaus Wiesbaden GmbH	0,1	0,2	
TriWiCon	0,1	0,0	

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 28,4 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (5,8 Mio. €) sowie im Dezember 2012

Gesamtabschluss 2012

gezahlte Transferaufwendungen (15,9 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,6 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2012

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 43,4 Mio. € auf 1.473,7 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Eigenkapital	1.473,7	1.430,3	43,4 ↑
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	45,9	95,3	-49,4 ↓
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	104,9	11,9	93,0 ↑
Anteile Dritter am Eigenkapital	63,8	64,0	-0,2 ↓

Die Nettosition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ der LHW i. H. v. 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, blieb die Nettosition unverändert.

Im Berichtsjahr wurde der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses des Jahres 2011 der LHW i. H. v. 49,3 Mio. € durch eine Entnahme aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen, so dass sich der Bestand der Rücklage entsprechend reduziert hat. Bei dem Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. € handelt es sich um das auf der Aktivseite unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Sondervermögen) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungsgrundkapital.

Der Gesamtbilanzgewinn erhöht sich um 93,0 Mio. € auf nunmehr 104,9 Mio. €. Ursächlich hierfür ist neben obiger Zuführung aus der Rücklage von 49,3 Mio. € der um die Anteile Dritter reduzierte Gesamtjahresüberschuss in Höhe von 43,0 Mio. € sowie eine ergebnisneutrale Umgliederung des Fremdanteils der Thüga an der Dividende der WiTCOM in den Gewinnvortrag innerhalb des WVV-Teilkonzerns (0,7 Mio. €).

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, haben sich im Berichtsjahr nur geringfügig verändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals ist dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) zu entnehmen.

Gesamtabschluss 2012

3.2.5 Sonderposten

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Sonderposten	286,8	278,6	8,2 ↑
Sonderposten für erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	255,7	258,3	-2,6 ↓
Sonstige Sonderposten	31,1	20,3	10,8 ↑

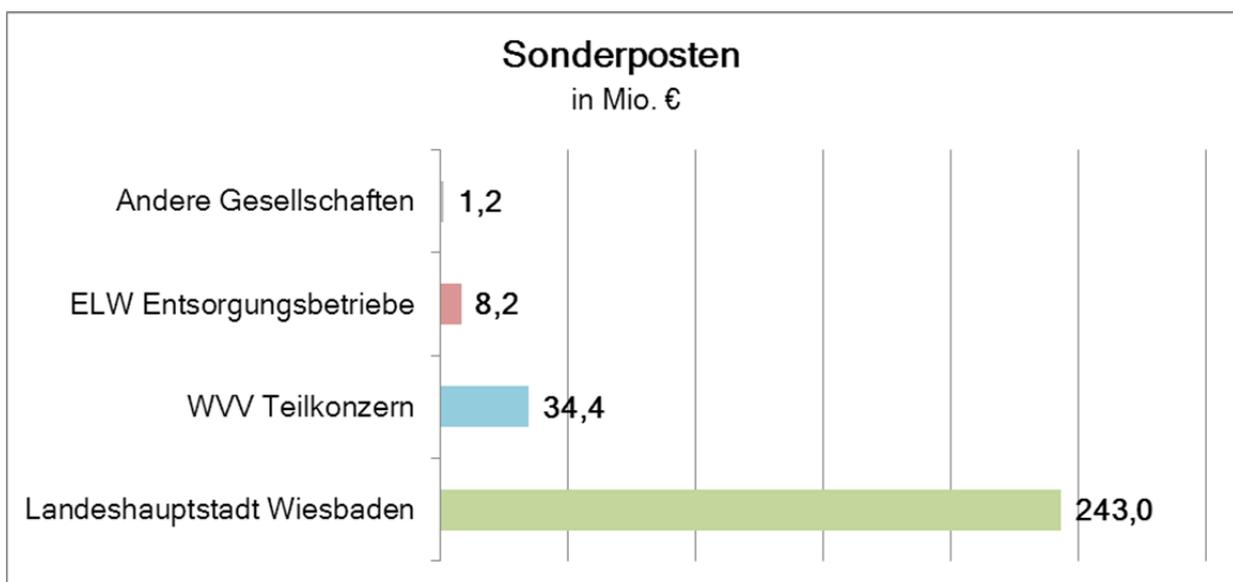
Die Sonderposten stiegen im Berichtsjahr geringfügig auf 286,8 Mio. € an. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 5).

Die LHW bilanziert Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge in Höhe von 243,0 Mio. €. Davon entfallen 201,3 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 3,1 Mio. € auf Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich und 38,6 Mio. € auf Erschließungsbeiträge für Straßen.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen in Höhe von 102,8 Mio. € als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 42,4 Mio. € sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 32,5 Mio. €.

Die sonstigen Sonderposten entfallen ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten neben den Investitionszuschüssen für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau auch die vereinnahmten Baukostenzuschüsse aus dem Stromnetz in Höhe von 11,3 Mio. €, die in der Eröffnungsbilanz noch unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen wurden.

Die Sonderposten der Kernverwaltung der LHW machen insgesamt rd. 85 % des Postens aus.



Gesamtabschluss 2012

3.2.6 Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Rückstellungen	649,5	623,1	26,4 ↑
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	468,1	461,7	6,4 ↑
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	0,2	0,0	0,2 ↑
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	60,1	56,1	4,0 ↑
Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten	1,3	1,9	-0,6 ↓
Sonstige Rückstellungen	119,8	103,4	16,4 ↑

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Rückstellungen um 26,4 Mio. € auf 649,5 Mio. €. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 4) dargestellt.

Materiell wichtigste Position sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf die Kernverwaltung der LHW.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (in Mio. €)	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Landeshauptstadt Wiesbaden	445,8	440,3	5,5 ↑
WWV Teilkonzern	15,2	15,2	0,0 →
ELW Entsorgungsbetriebe	6,3	5,3	1,0 ↑
Rhein-Main-Hallen GmbH	0,3	0,4	-0,1 ↓
TriWiCon	0,2	0,3	-0,1 ↓
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	0,2	0,2	0,0 →
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	0,1	0,2	-0,1 ↓
Gesamt	468,1	461,7	6,4 ↑

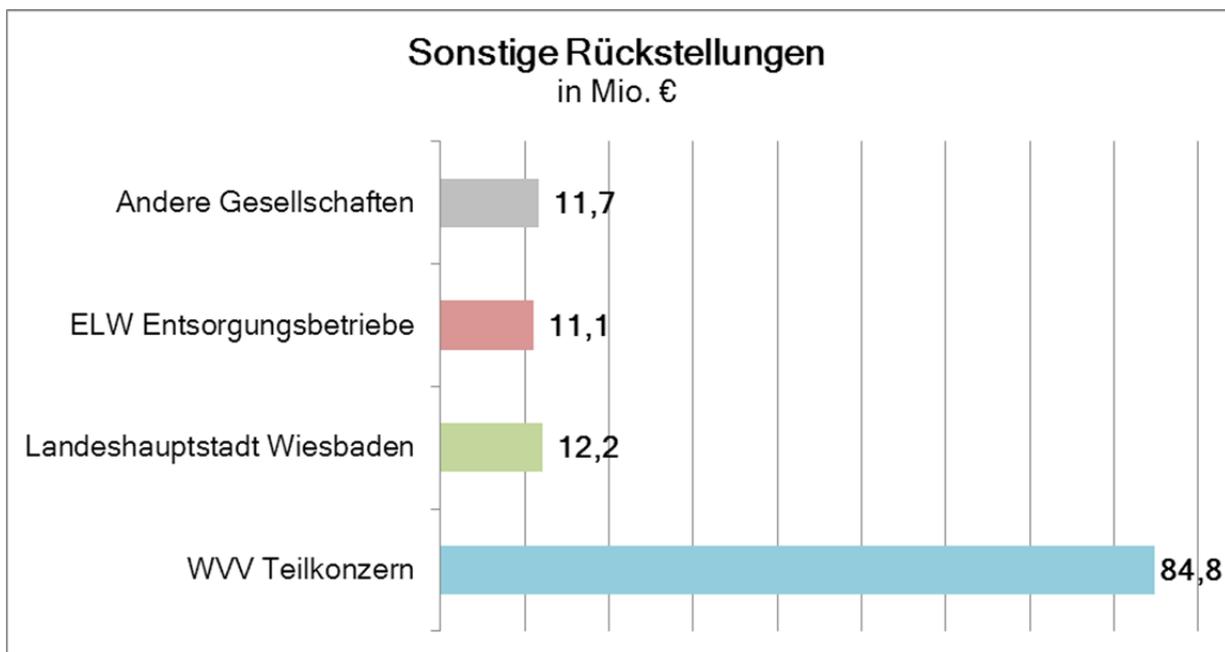
Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der LHW zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (393,2 Mio. €). Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfebe-

Gesamtabschluss 2012

rechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (50,5 Mio. €). Des Weiteren sind in dieser Position Rückstellungen für Altersteilzeit i. H. v. 2,1 Mio. € enthalten. Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 15,2 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre der ESWE Versorgung, der ESWE Netz GmbH, von ESWE Verkehr sowie der GWW, GeWeGe und SEG. Die ELW Entsorgungsbetriebe weisen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ihrer Beamtinnen und Beamten 6,3 Mio. € aus.

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 60,1 Mio. € entfallen auf die ELW Entsorgungsbetriebe für die Deponie Dyckerhoff.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit 84,8 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.



Gesamtabschluss 2012

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2012
WVV Teilkonzern	
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	22,8
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	17,7
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	12,5
Unterlassene Instandhaltungen und Bauinstandhaltungen	9,6
Netzentgelte	8,4
Energiespezifische Risiken	3,5
Landeshauptstadt Wiesbaden	
Rückstellungen für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TvöD	3,6
Rückstellungen für das Lebensarbeitszeitkonto	3,7
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	3,5
Rückstellungen für Prozessrisiken und Reparaturkosten im Kanalbereich	3,1

Größte Einzelposition ist mit 22,8 Mio. € die mögliche Rückzahlungsverpflichtung aus zu hohen Wasserpreisen.

Gesamtabschluss 2012

3.2.7 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.625,1 Mio. € setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Verbindlichkeiten	1.625,1	1.649,0	-23,9 ↓
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.388,5	1.444,5	-56,0 ↓
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12,5	12,3	0,2 ↑
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58,0	54,0	4,0 ↑
Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3,6	3,6	0,0 →
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	23,5	3,2	20,3 ↑
Sonstige Verbindlichkeiten	139,0	131,4	7,6 ↑

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten geringfügig um 23,9 Mio. € (1,4 %) verringert.

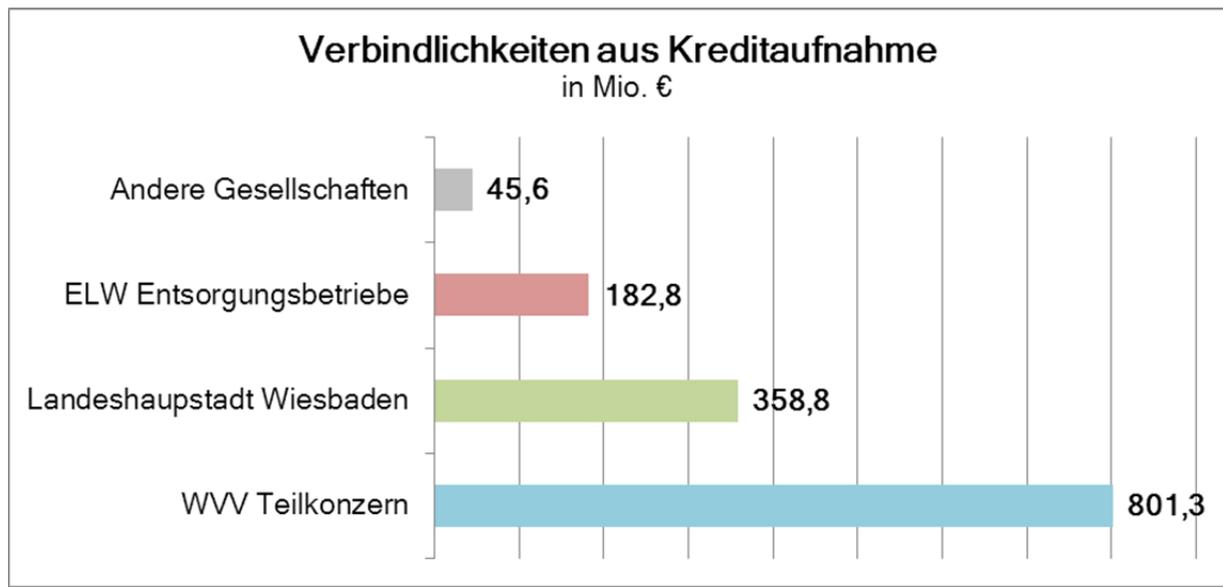
Die wesentliche Position sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme in Höhe von 1.388,5 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.388,5	1.444,5	-56,0 ↓
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.181,1	1.232,5	-51,4 ↓
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	37,5	38,2	-0,7 ↓
Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	169,8	173,8	-4,0 ↓
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,1	0,0	0,1 ↑

Gesamtabschluss 2012

Im Vergleich zum Stichtag 01.01.2012 haben sich die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme um 56,0 Mio. € verringert. Diese Reduzierung basiert in erster Linie auf einem Abbau der Verschuldung der Kernverwaltung der LHW.

Die Aufteilung auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



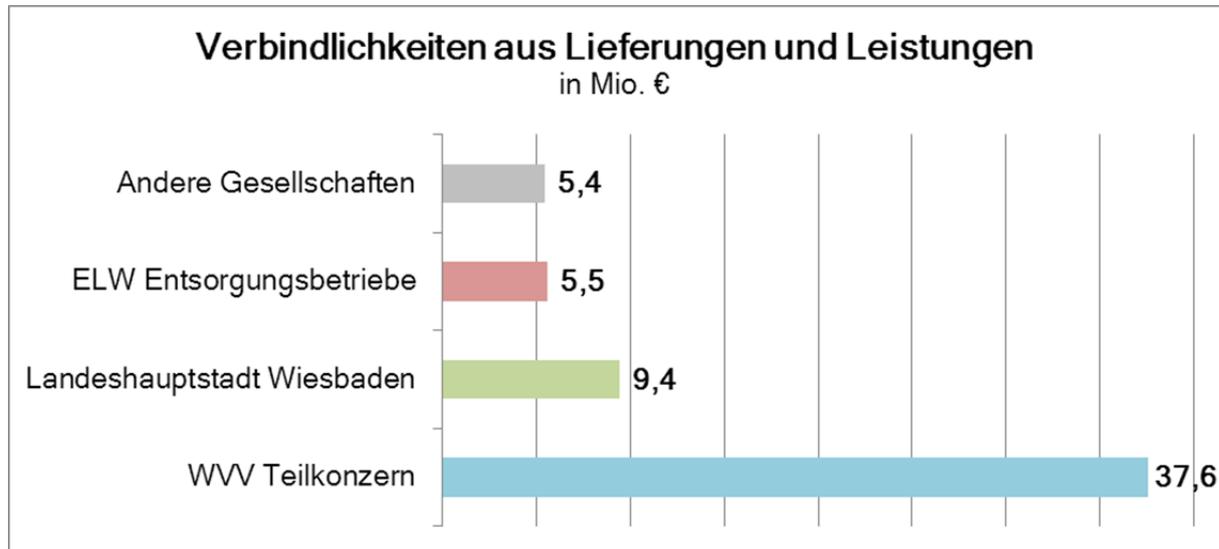
801,3 Mio. € beim WVV Konzern verteilen sich auf den Immobilienbereich (475,5 Mio. €), die WVV Holding (201,1 Mio. €), den Versorgungsbereich (100,9 Mio. €) und den Verkehrsbereich (23,8 Mio. €).

Im WVV Konzern sind durch Bürgschaften oder Grundpfandrechte 637,2 Mio. € abgesichert.

Die Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen in Höhe von 12,5 Mio. € sind ausschließlich der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Sie beinhalten vor allem Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten. Einen wesentlichen Anteil daran haben Verbindlichkeiten aus einer beschlossenen Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße i. H. v. 10 Mio. €, bei der die tatsächliche Auszahlung erst in späteren Jahren erfolgt.

Gesamtabschluss 2012

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 58,0 Mio. € (Vorjahr 54,0 Mio. €) auf die einzelnen Aufgabenträger enthält die nachstehende Grafik:



Die Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben i. H. v. 3,6 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr unverändert und betreffen nahezu ausschließlich die Kernverwaltung der LHW.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit 23,5 Mio. € um 20,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies hängt im Wesentlichen mit vertraglichen Verpflichtungen der HSK Rhein-Main GmbH aus dem Verkauf der Geschäftsanteile an der HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH zusammen. Zum Bilanzstichtag bestehen Zahlungsverpflichtungen i. H. v. 23,0 Mio. €, die in Teilbeträgen von je 11,5 Mio. € in 2013 und 2014 fällig werden.

Die Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 139,0 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Mio. € gestiegen, was unter anderem auf den geänderten Ausweis kreditorischer Debitoren bei der Kernverwaltung zurückzuführen ist. Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten haben Einnahmen, die noch nicht der Zweckbindung entsprechend verwendet wurden. Bei der WWV enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten neben den Steuern und Sozialabgaben auch Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern aus Objektfinanzierungen.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) zu entnehmen.

Gesamtabschluss 2012

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €	31.12.2012	01.01.2012	Veränderung
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	42,6	51,0	-8,4 ↓
Landeshauptstadt Wiesbaden	36,1	36,6	
WVV Teilkonzern	4,2	12,6	
ELW Entsorgungsbetriebe	1,5	1,3	
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	0,4	0,0	
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	0,3	0,3	
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	0,1	0,2	
Andere Gesellschaften	0,1	0,0	

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 42,6 Mio. € (Vorjahr 51,0 Mio. €).

Diese Position enthält bei der LHW u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 34,5 Mio. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen.

Beim WVV Teilkonzern betreffen die passiven Rechnungsabgrenzungsposten im Wesentlichen abgegrenzte Verkehrseinnahmen sowie Einnahmen aus von Dritten geleisteten Einmalzahlungen für Installationen und Anschlüsse, die über die jeweilige Laufzeit der Verträge aufgelöst werden.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten bei den ELW Entsorgungsbetrieben wurde für die Vergütung einer Abwasserleitung von Airfield Erbenheim zum Hauptklärwerk gebildet. Der entstandene Erlös ist passiv abgegrenzt und wird über den Zeitraum der Kanalnutzungsdauer aufgelöst.

Gesamtabschluss 2012

3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung

Da der Gesamtabchluss der LHW zum ersten Mal aufgestellt wird, existieren in der Ergebnisrechnung keine Vorjahres(vergleichs)werte.

3.3.1 Ordentliches Ergebnis Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis beträgt 58,8 Mio. € und wird im Folgenden erläutert.

	in Mio. €
Verwaltungsergebnis	58,8
Ordentliche Erträge	1.726,1
Ordentliche Aufwendungen	1.667,3

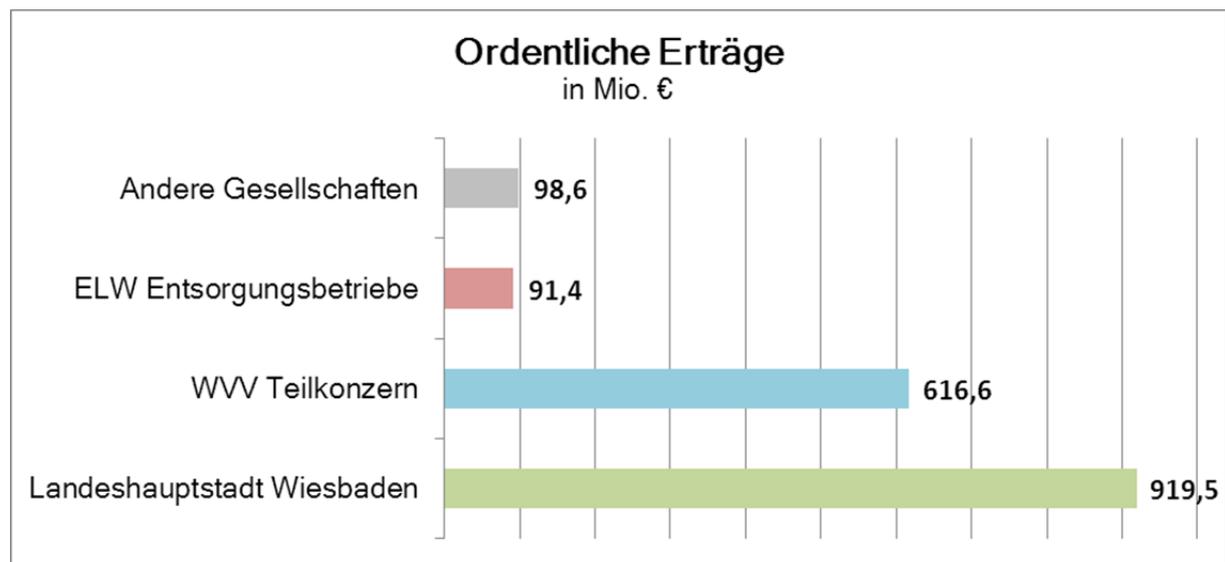
Ordentliche Erträge

	in Mio. €	%
Ordentliche Erträge	1.726,1	100%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	700,0	41%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	112,9	6%
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17,5	1%
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-0,9	0%
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	475,0	27%
Erträge aus Transferleistungen	167,6	10%
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	189,1	11%
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	19,1	1%
Sonstige ordentliche Erträge	45,8	3%

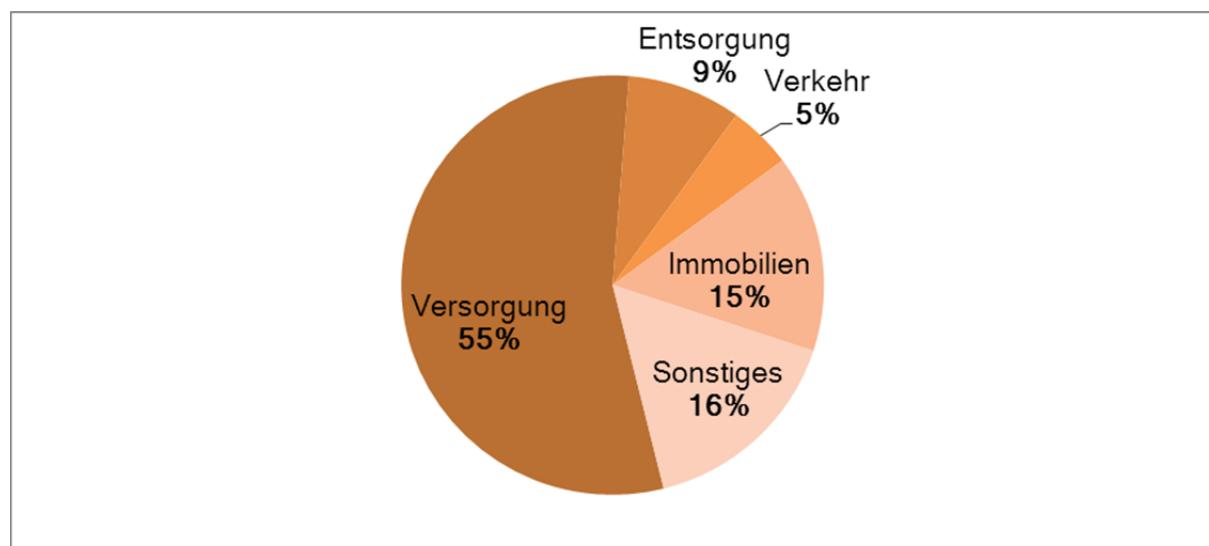
Gesamtabschluss 2012

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 1.726,1 Mio. € setzen sich zum einen aus Leistungsentgelten, zum anderen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen zusammen, die zusammen über zwei Drittel dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern u. ä. ausschließlich der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



Im Folgenden werden die privatrechtlichen- und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Umsätze) bei der Darstellung auf Gesellschaftsebene gemeinsam betrachtet. Sie betragen im Berichtsjahr insgesamt 812,9 Mio. € und lassen sich, nach dem Geschäftszweig in dem sie erbracht wurden, in fünf Teilbereiche unterteilen. Diese Bereiche sind in der folgenden Grafik dargestellt.



Gesamtabschluss 2012

Die Versorgung macht mit 451,8 Mio. € rd. 55 % der Entgelte aus. Von den Versorgungsleistungen entfallen 257,2 Mio. € auf die Strom- und 137,2 Mio. € auf die Gasversorgung.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 475,0 Mio. €. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	insgesamt
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	475,0
Gewerbsteuer	250,3
Einkommenssteuer	126,6
Grundsteuer	56,2
Umsatzsteuer	21,8
Sonstiges	20,1

Den größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbsteuer mit 250,3 Mio. € (53 %). Die Gewerbesteuererträge entfallen auf die Kernverwaltung der LHW.

Die Erträge aus Transferleistungen betragen zum 31.12.2012 167,6 Mio. € und entfallen maßgeblich auf die LHW. Transferleistungen beinhalten insbesondere Mittel des Bundes für die Eingliederung Arbeitssuchender nach dem SGB II und für die Grundsicherung nach dem SGB XII sowie Mittel des Landes Hessen aus den Ausgleichszahlungen für die gestiegene Personalausstattung im Bereich Kinderbetreuung.

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen betragen im Berichtsjahr 189,1 Mio. €. Sie setzen sich aus den Erträgen aus Zuweisungen/Zuschüssen (Bund/Land) und sonstigen Zuweisungen/Zuschüssen zusammen. In den Erträgen aus Zuweisungen/Zuschüssen (Bund/Land) sind die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen) enthalten. Auch in diesem Falle stammen die Erträge hauptsächlich aus der LHW.

Die sonstigen ordentlichen Erträge i. H. v. 45,8 Mio. € betreffen u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen, Erträge aus Infrastrukturkostenhilfe und -ausgleich, Erträge aus Dienstleistungsverträgen, Nebenerlöse aus Vermietung und Kantenbetrieb sowie Erträge aus Anlagevermögensabgängen.

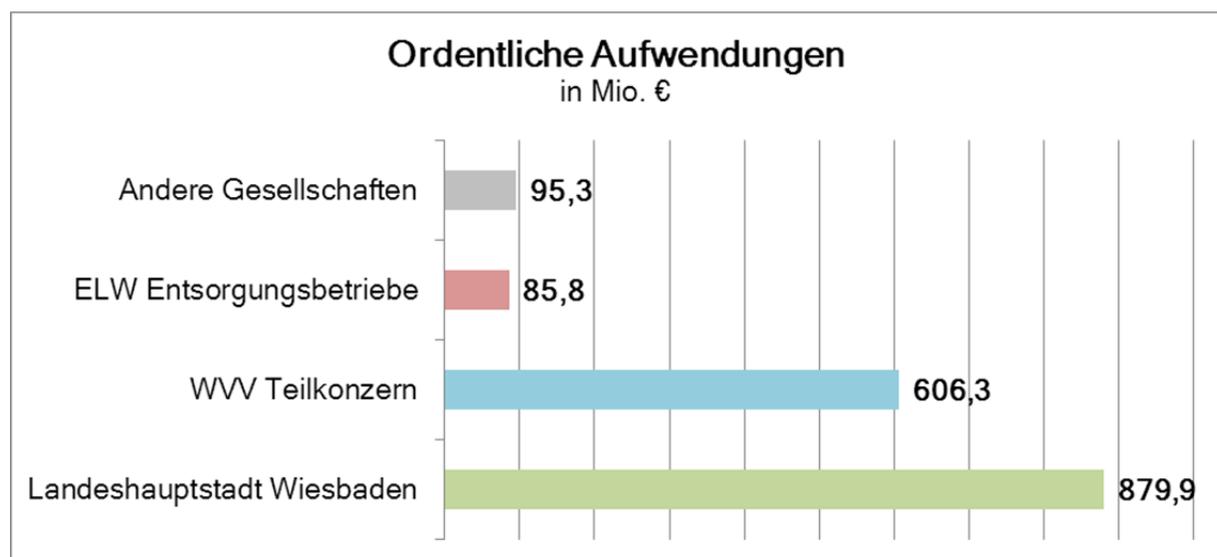
Gesamtabschluss 2012

Ordentliche Aufwendungen

	in Mio. €	%
Ordentliche Aufwendungen	1.667,3	100%
Personalaufwendungen	362,5	22%
Versorgungsaufwendungen	32,1	2%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	628,9	38%
Abschreibungen	142,5	8%
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	40,3	2%
Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	98,1	6%
Transferaufwendungen	351,9	21%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	11,1	1%

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.667,3 Mio. €.

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



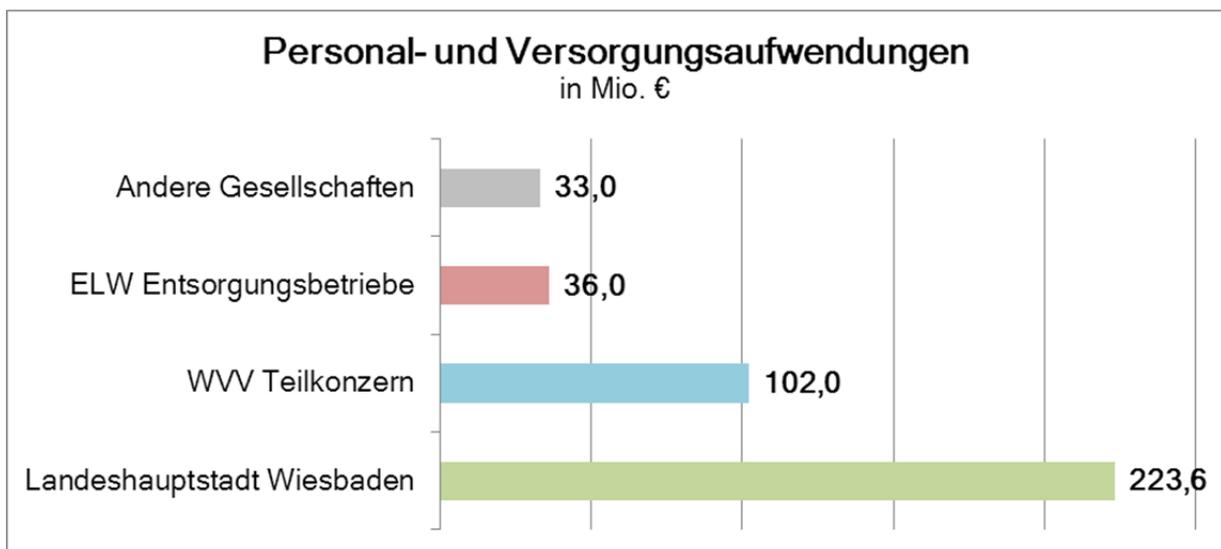
Die Personalaufwendungen belaufen sich auf 362,5 Mio. €. Da die Versorgungsaufwendungen i. H. v. 32,1 Mio. €, die zu großen Teilen für die Beamten der LHW entstehen, nicht nur

Gesamtabschluss 2012

den Aufwand für die Ruhestandsbeamten sondern auch den für die aktiven Beamten (z. B. für Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) umfassen, werden diese beiden Positionen in der folgenden Tabelle zusammen betrachtet.

	in Mio. €	%
Personalaufwendungen	362,5	92%
Versorgungsaufwendungen	32,1	8%
Summe	394,6	100%
Arbeitnehmerentgelte	247,5	62%
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	75,3	19%
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	56,0	15%
Sonstige Personalaufwendungen	15,8	4%

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personalaufwendungen wie untenstehend dar.



Mit 223,6 Mio. € entfallen auf die LHW 57 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht auch ungefähr dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl.

Eine Übersicht über die Anzahl und die Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

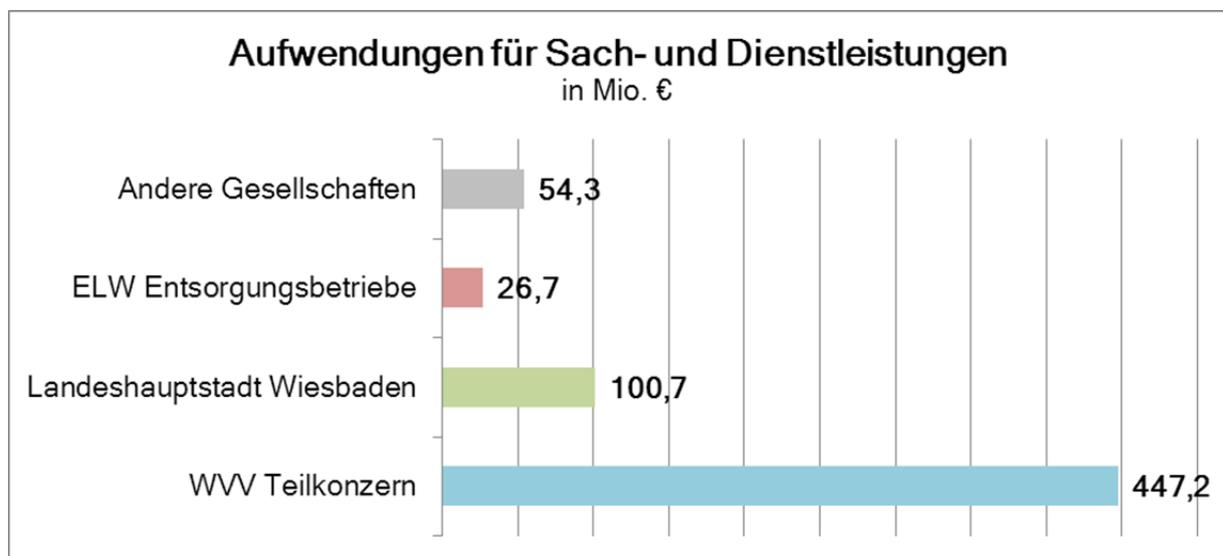
Gesamtabschluss 2012

	in Mio. €	%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	628,9	100%
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	359,7	57%
Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung	173,9	28%
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Pflichten	43,4	7%
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51,8	8%

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen im Berichtsjahr 628,9 Mio. €.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung sind auch 9,7 Mio. € Ver- und Entsorgungsleistungen (davon für Gebäudereinigung 3,2 Mio. €) enthalten. Zu den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten gehören u. a. Mieten und Hausbewirtschaftungskosten sowie Rechts- und Beratungskosten.

Die Aufteilung auf die Gesellschaften stellt sich folgendermaßen dar:



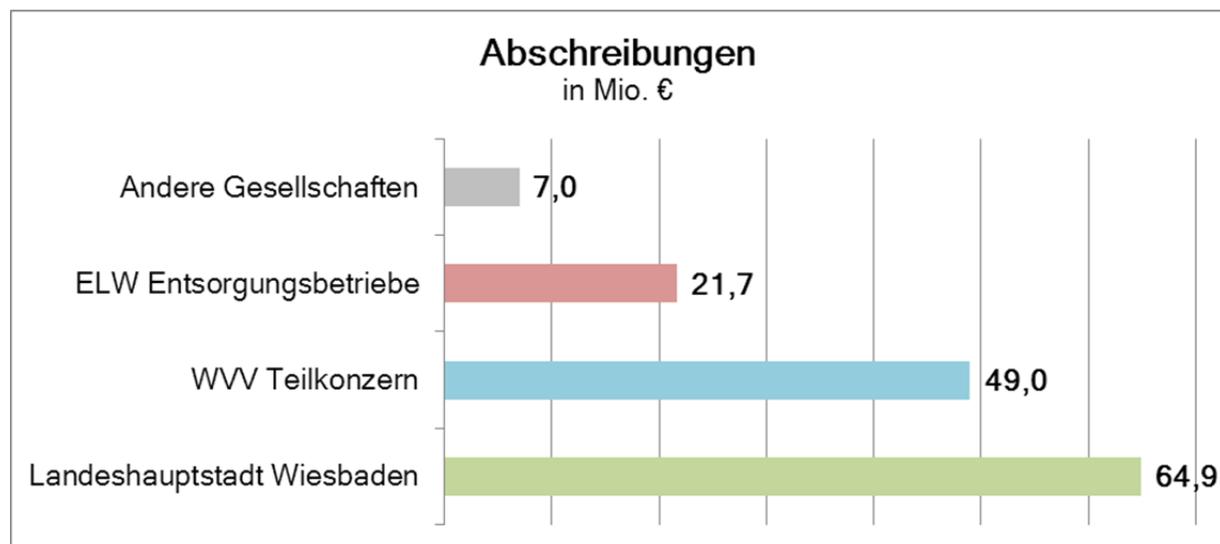
Gesamtabschluss 2012

Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 142,5 Mio. €.

	in Mio. €
Abschreibungen	142,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	115,9
Wertberichtigungen auf Forderungen von Übrigen	26,6

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

Beigetragen zu den Gesamtabschreibungen haben in erster Linie folgende Aufgabenträger:



Die Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen in Höhe von 40,3 Mio. € entfallen im Wesentlichen auf die Kernverwaltung und betreffen u. a. den Betriebskostenzuschuss für das Hessische Staatstheater (13,9 Mio. €), Kindertagesstätten-Zuschüsse an die Evangelische Regionalverwaltung Wiesbaden (8,8 Mio. €) sowie an den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (5,0 Mio. €).

Die Steueraufwendungen in Höhe von 98,1 Mio. € stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (56,9 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (35,8 Mio. €) sowie die Krankenhausumlage (5,4 Mio. €).

Die Transferaufwendungen i. H. v. 351,9 Mio. € entfallen ebenfalls vollständig auf die LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leis-

Gesamtabschluss 2012

tungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u.a. Grundsicherung im Alter) mit 148,6 Mio. € und die Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 110,1 Mio. €.

Die sonstigen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 11,1 Mio. € beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung sowie Aufwendungen aus Konsolidierungsdifferenzen.

Finanzergebnis

	in Mio. €
Finanzergebnis	-2,4
Finanzerträge	64,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66,5

Das Finanzergebnis beträgt - 2,4 Mio. €.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 64,1 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen
- Erträge aus anderen Beteiligungen
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (31,7 Mio. €) als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen (12,4 Mio. €) entfallen weitestgehend auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die Anteile an der Thüga AG hält.

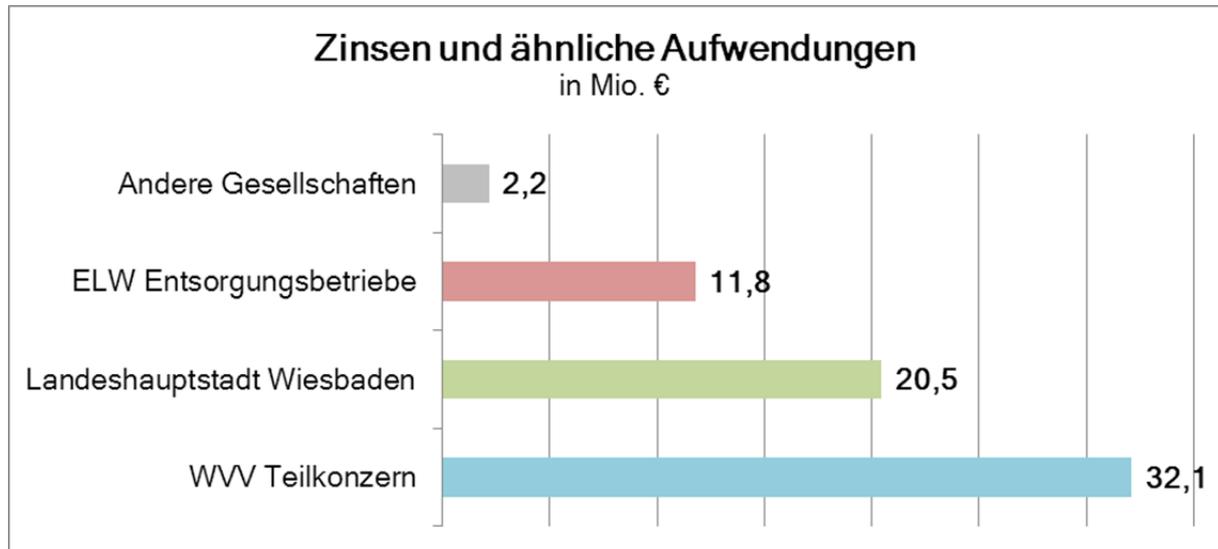
Von den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (15,9 Mio. €) entfällt der überwiegende Teil auf die Kernverwaltung der LHW insbesondere für Zinsen und Säumniszuschläge auf die Gewerbesteuer.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2012 auf 66,5 Mio. €. Hauptsächlich setzt sich die Position aus Zinsen aus langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zusammen.

Gesamtabschluss 2012

Die Aufwendungen sind im Wesentlichen auf den WVV-Teilkonzern, die Kernverwaltung LHW und den ELW Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden zurückzuführen.



3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

	in Mio. €
Außerordentliches Ergebnis	3,9
Außerordentliche Erträge	26,9
Außerordentliche Aufwendungen	23,0

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 26,9 Mio. €. Sie setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen
- Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen
- Sonstige außerordentliche Erträge

In den Erträgen aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (12,4 Mio. €) sind Erträge aus Mehrerlösen aus diversen Grundstücksverkäufen i. H. v. 4,3 Mio. € der LHW enthalten. Hinzu kommen Erträge aus Sachanlagenabgängen des WVV-Teilkonzern i. H. v. 7,0 Mio. €. Davon entfallen 5,2 Mio. € auf Abgänge von Bestandsimmobilien der GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH.

Gesamtabschluss 2012

Die Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen belaufen sich auf 6,1 Mio. €. Diese Abgänge stammen vollständig aus dem Anteilsverkauf der Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH durch die HSK Rhein-Main GmbH. Im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit der RHÖN-KLINIKUM AG wurden 49 % der Anteile an der HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH verkauft. Zudem hat die HSK Rhein-Main sämtliche von ihr an der HSK ServiceGesellschaft mbH und der HSK Ambulante Therapie und Management GmbH gehaltenen Geschäftsanteile in die HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH eingebracht und an diese abgetreten.

Die sonstigen außerordentlichen Erträge (7,4 Mio. €) beinhalten Bewertungseffekte durch ein Gutachten über die Deponiefolgekostenrückstellungen der ELW Entsorgungsbetriebe der LHW zum 31.12.2011 i. H. v. 5,8 Mio. €, die rückwirkend zum 01.01.2012 gemindert worden sind. Bei der LHW sind im vereinfachten Umlegungsverfahren 1,5 Mio. € außerordentliche Erträge angefallen.

Außerordentliche Aufwendungen

Die Außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 23,0 Mio. €. Sie verteilen sich ausschließlich auf die Positionen

- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen
- anderen periodenfremden Aufwendungen und
- sonstige außerordentliche Aufwendungen.

Die LHW hat Investitionen für das Stadtmuseum aufwandswirksam aus den Anlagen im Bau ausgebucht. Dies schlägt sich mit 2,3 Mio. € in den Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen nieder.

Von den periodenfremden Aufwendungen i. H. v. 7,3 Mio. € entfallen 6,9 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern. Darin enthalten sind 3,5 Mio. €, die wegen energiewirtschaftlicher Risiken den Rückstellungen zugeführt wurden. Hinzu kommt eine Wertberichtigung bei den Forderungen i. H. v. 0,7 Mio. €.

Wie bereits bei den außerordentlichen Erträgen (s. o.) erwähnt, sind aufgrund eines neuen Gutachtens über die Deponierückstellungen Bewertungseffekte bei der ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgetreten. Diese wirken sich mit insgesamt 6,1 Mio. € ebenfalls auf die sonstigen außerordentlichen Aufwendungen aus.

Bei der LHW sind im vereinfachten Umlegungsverfahren 2,2 Mio. € an außerordentlichen Aufwendungen entstanden (s. a. außerordentliche Erträge).

Ferner entfallen 1,9 Mio. € der sonstigen außerordentlichen Aufwendungen auf die HSK Rhein-Main GmbH für die Bildung einer Rückstellung für Schadensersatzansprüche sowie einer vertraglich vereinbarten Freistellungsverpflichtung.

Gesamtabschluss 2012

3.3.3 Jahresüberschuss/ -fehlbetrag

Bei der Betrachtung des Gesamtjahresüberschusses in Höhe von 60,3 Mio. € (GA) ist zu berücksichtigen, dass die Aufteilung auf die Gesellschaften nach der Durchführung sämtlicher Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt. Deswegen ist ein Vergleich mit den veröffentlichten Einzelabschlüssen der Aufgabenträger (EA) nicht ohne weitere Erläuterungen möglich und kann in Einzelfällen auch zu Fehlinterpretationen führen.

	GA	%	EA	%
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	60,3	100%	77,5	100%
Landeshauptstadt Wiesbaden	36,0	60%	19,1	25%
WVW Teilkonzern	24,9	41%	56,1	72%
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	21,6	36%	-0,1	0%
HSK Rhein-Main GmbH	3,8	6%	2,1	3%
Rhein-Main-Hallen GmbH	1,7	3%	0,0	0%
Kurhaus Wiesbaden GmbH	0,9	1%	0,0	0%
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.KG	0,7	1%	1,0	1%
WIVERTIS	0,1	0%	0,0	0%
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	-0,1	0%	-0,1	0%
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	-0,2	0%	-0,3	0%
MBA Wiesbaden GmbH	-0,3	0%	0,1	0%
HSK Pflege GmbH	-1,0	-2%	-1,6	-2%
Wiesbaden Marketing GmbH	-2,0	-3%	0,0	0%
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	-4,0	-7%	-0,9	-1%
TriWiCon	-6,5	-11%	-1,2	-2%
ELW Entsorgungsbetriebe	-6,5	-11%	3,1	4%
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	-8,6	-14%	0,1	0%

Durch das Herausrechnen der internen Beziehungen aller in den Gesamtabschluss einbezogenen Gesellschaften bleiben nur noch die Ergebnisse mit Dritten übrig. Dies führt in den meisten Fällen zu Verschiebungen bei der Ergebnisbetrachtung.

Gesamtabschluss 2012

Vereinfacht kann man sagen, dass Gesellschaften, die wenig (zu konsolidierende) Erträge, dafür jedoch höhere (zu konsolidierende) Aufwendungen haben, ihren Ergebnisbeitrag im Verbund gesteigert haben und umgekehrt.

Das trifft im besonderen Maße auch auf gewährte bzw. erhaltene Zuschüsse zu. Ein Beispiel hierfür ist die WJW, die Wiesbadener Jugendwerkstatt, die naturgemäß auf die Zuschüsse der Stadt angewiesen ist. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass die Stadt im gleichen Umfang entsprechend entlastet wird und sich das Ergebnis entsprechend verbessert.

Ebenfalls entlastet wird die Stadt durch das Herausrechnen des Stadtanteils (an der Entwässerung der Straßen und Plätze); im gleichen Umfang entfällt der Ertrag bei den ELW Entsorgungsbetrieben und führt zu einem Verlust bei konsolidierter Betrachtung. Nicht zuletzt hier zeigen sich auch die Grenzen dieser Vergleichstabelle. Wäre für diese Dienstleistung (theoretisch) ein Dritter zuständig, wäre der Aufwand bei der Stadt wieder zu berücksichtigen, nur würde der Ertrag nicht bei den ELW, sondern bei dem Dritten entstehen.

Eine weitere signifikante Verschiebung ergibt sich bei den WLW Wasserversorgungsbetrieben. Das Wasserversorgungsnetz gehört der ESWE Versorgungs AG und ist von den WLW nur gepachtet. Die dafür vereinbarten und zu konsolidierenden Pachtzahlungen von über 20 Mio. € erhöhen das Ergebnis der WLW und verringern gleichzeitig das Ergebnis des WVV-Teilkonzerns.

3.3.4 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 17,3 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

3.3.5 Ergebnisverwendung

Die Erläuterungen dieses Punktes erfolgen unter 3.2.4.

Gesamtabschluss 2012

3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung

Die zusammengefasste Finanzrechnung zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr verändert hat. Für die Zwecke des Gesamtabchlusses wurde der Posten Flüssige Mittel der zusammengefassten Vermögensrechnung als Finanzmittelfonds definiert. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Veränderung - eine Zunahme um 50,0 Mio. € - wird dabei den Ein- und Auszahlungen aus drei unterschiedlichen Aktivitäten, der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für den Verbund wird durch Eliminierung nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge im Periodenergebnis ermittelt, ebenso werden die Auswirkungen der Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Liquidität berücksichtigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fasst die Zahlungsströme aus Investitionen, Desinvestitionen und erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen und bei den Sonderposten werden im Anhang erläutert. Wesentliche nicht finanzwirksame Sachverhalte liegen nicht vor. Unternehmen oder sonstige Geschäftseinheiten von wesentlicher Größenordnung wurden weder erworben noch verkauft.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit bildet Einzahlungen der bzw. Auszahlungen an außenstehende Miteigentümern von Aufgabenträgern und die Neuaufnahme bzw. Tilgung von Krediten ab. Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Kreditfinanzierung werden ebenfalls im Anhang erläutert.

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €
WV Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	54,4
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	5,1
	Verpflichtungen aus Strom- und Gasbezugsverträgen	394,4
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	5,6
	Rücknahmeverpflichtungen aus der Veräußerung von Wohnungen	3,9
	Treuhandverbindlichkeiten	6,8
Summe:		470,2

Gesamtabschluss 2012

HSK Rhein-Main	Im Zusammenhang mit der Veräußerung der Geschäftsanteile an der HSK Klinik wurden bis 01.11.13 Garantien an den Erwerber gegeben. Noch nicht näher quantifizierte Gewährleistungsansprüche sind fristgerecht geltend gemacht worden. Eine Inanspruchnahme ist bislang nicht erfolgt, eine Rückstellung ist gebildet.	7,5
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt	Kommunal verbürgte Darlehen	1,4
Landeshauptstadt Wiesbaden	Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksge- schäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kos- ten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenver- unreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.	
	Die LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rhein- land-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweck- verband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Ver- bindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge). Für die Verbind- lichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder unter- einander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft ge- genüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindar- lehen untereinander. Der Anteil der LHW beträgt aktu- ell 29 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre	

Gesamtabschluss 2012

	Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).	
	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):	
	Bürgschaften für Außenstehende	5,7
	Bürgschaft Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	69,8

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte mit erheblicher finanzieller Verpflichtung
WVV-Teilkonzern	<p>Bei mehreren Konzerngesellschaften bestehen im Geschäftsjahr derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum 31.12.2012 wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden musste. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.</p> <p>Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden bei der ESWE Versorgungs AG Zins-Swap-Geschäfte mit einer Laufzeit bis 2022 bzw. 2023 abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 14,1 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 1,9 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.</p> <p>Bei der ESWE Versorgungs AG bestehen langfristige Gasbezugsverträge zu einem variablen Preis mit Bindung an das Ölpreisniveau. Die Marge aus den Lieferungen an die Kunden bei Festpreisverträgen schwankt damit in Abhängigkeit zum Ölpreisniveau. Um diese Ergebnisschwankungen zu eliminieren sowie zur Absicherung gegen steigende Bezugspreise setzt die ESWE Versorgungs AG zur Absicherung derivative Finanzinstrumente beim Bezug von Erdgas ein. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um Rohwarenswaps (Ölswaps). Den Ölswaps liegen entsprechende Lieferverträge mit</p>

Gesamtabschluss 2012

	<p>Kunden zugrunde. Durch die gegenläufige Entwicklung von Physik und Derivat gleichen sich beide Wertentwicklungen aus, so dass in Höhe der vertraglich gesicherten Mindestgasbezugsmengen (80 %) eine Bewertungseinheit zwischen Ölswap und dem zugrundeliegenden Gasbezugsvertrag gebildet und im Falle negativer Marktwerte der Ölswaps auf die Bilanzierung einer Drohverlustrückstellung verzichtet werden kann. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Zum 31.12.2012 besteht ein Ölswap mit einer Laufzeit bis Mai 2014. Aufgrund der Ölpreisentwicklung hat der seit mehreren Jahren bestehende Ölswap am Bilanzstichtag bei einem Nominalwert von 1,1 Mio. € einen positiven Marktwert von 0,6 Mio. €. Die Marktwerte werden anhand der abgesicherten Mengen und der sich aus diesen Mengen ergebenden künftigen Zahlungsströmen und Zugrundelegung der erwarteten Ölpreisentwicklung ermittelt.</p> <p>Die beschafften Energiebezüge werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.</p> <p>Bei der GeWeGe werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 6 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 84,0 Mio. €. Der negative Marktwert per 31.12.2012 beträgt 9,4 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p> <p>Auch bei der GWW werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 4 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 33,9 Mio. €. Der negative Marktwert per 31.12.2012 beträgt 5,7 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>
ELW Entsorgungsbetriebe	Das Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen beträgt 10,5 Mio. €, Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen 0,1 Mio. €.

Gesamtabschluss 2012

Landeshauptstadt Wiesbaden	<p>Der jährliche Mietzins für größere Mietverhältnisse der LHW beträgt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Konradinallee 11 (Laufzeit bis 30.09.2039; Mietfläche 16.721 m²): 2,8 Mio. €• Gustav-Stresemann- Ring 15 (Laufzeit bis 31.12.2017; Mietfläche 22.628 m²): 4,1 Mio. €. <p>Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1 Mio. € p.a.) sind:</p> <ul style="list-style-type: none">• IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS (Laufzeit: 01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich): Kosten: Mindestens 8,4 Mio. € p.a. (2013 und 2014);• Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger (Laufzeit: Unterschiedlich - je nach Träger), Kosten: 43,2 Mio. € (2013); Mindestens 44,7 Mio. €* (2014 ff.) <p>*Durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2014 ff. zu rechnen.</p>
-------------------------------	--

Gesamtabschluss 2012

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt
WV-Teilkonzern	1.740	0	1.740
HSK Rhein-Main GmbH	7	0	7
HSK Pflege GmbH	3	0	3
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	15	0	15
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	137	0	137
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	191	0	191
ELW Entsorgungsbetriebe	674	6	680
MBA Wiesbaden GmbH	1	0	1
TriWiCon	95	0	95
Kurhaus Wiesbaden GmbH	27	0	27
Wiesbaden Marketing GmbH	13	0	13
Rhein-Main-Hallen GmbH	31	0	31
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	119	0	119
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	7	0	7
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	3	0	3
Kernverwaltung Landeshauptstadt Wiesbaden	3.111	991	4.102
Gesamt	6.173	997	7.170

Gesamtabschluss 2012

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

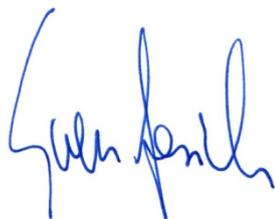
Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Nickel, Wolfgang	Göttenauer, Michael (Linke&Piraten) Große, Claus-Peter (GRÜNE) Queck, Katharina (CDU) Schickel, Hans Peter (SPD)
Weitere Stadtverordnete in 2012:	
Abt, Richard Altz, Richard Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachmann, Christian Becker, Jürgen Belz, Stephan Bohrer, Hartmut Braun, Karl David, Michael Delbasteh Dr., Rashid Denne, Heike Diers, Christian Dogan, Salih Düe, Barbara Dumont du Voitel, Sabine Franz, Kerstin Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg (ab 06.07.2012) Gaedeke, Sabine (ab 20.03.2012) Geis, Kerstin Gerich, Sven Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hinnerger, Christiane Hoffmann, Annabelle Horschler, Dieter Jentsch Dr., Doris Kaynak, Evrim (bis 19.03.2012) Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa Koch, Karsten Koch, Simone	Lerschmacher Dr., Karin Lorenz, Bernhard Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Michna Dr., Hans-Achim Mucha, Monika Nehrbaß, Helmut Oschmann, Petermartin Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin Dipl. Ing., Gülden Schadt, Peter Schiefer, Marion (bis 05.07.2012) Schlempp, Michael Schmitz Dr., Sven Schnaus, Eleonore Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Spallek, Stefan Spruch, Claudia Tatarca, Ümran Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard von Garnier, Friederike von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Ulrich Wild, Volker Wilhelmy, Veit Wittkowski Dr., Bernd

Gesamtabschluss 2012

Die Mitglieder des Magistrats in 2012 waren:

Oberbürgermeister	
Dr. Müller, Helmut-Georg	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel Zeimetz, Birgit	Coigné, Mechthild Gores, Wolfgang Herber, Wolfgang † Kornmüller-Bolte, Daniela Kötschau, Sven Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten Schlempp, Dieter Schüler, Ralph Schuster, Rainer Skolik, Helga von Scheidt, Helmut Wolf, Gabriele

Wiesbaden, den 16. Juni 2014



Gerich
Oberbürgermeister



Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2012

4. Anlagen

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR						Abschreibungen in EUR						Buchwerte in EUR	
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Zuschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	5.884.190.380	130.876.636	78.552.554	0	21.774.218	5.958.288.680	2.344.744.314	300.933	115.916.504	54.782.527	0	2.405.577.358	3.552.711.322	3.539.446.066
Immaterielle Vermögensgegenstände	100.630.482	7.315.039	34.386.780	6.282.723	0	79.841.463	69.973.423	0	5.811.392	33.260.799	0	42.524.016	37.317.447	30.657.058
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	23.211.029	1.281.893	255.167	353.293	0	24.591.048	17.372.205	0	1.841.446	249.547	0	18.964.104	5.626.944	5.838.823
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	77.368.468	6.033.145	34.131.613	5.980.415	0	55.250.415	52.601.218	0	3.969.946	33.011.252	0	23.559.912	31.690.503	24.767.250
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	50.985	0	0	-50.985	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50.985
1.2 Sachanlagen	5.183.050.844	119.897.597	41.938.264	-5.996.045	0	5.255.014.132	2.235.570.379	300.000	110.105.112	21.439.164	76.678	2.324.013.005	2.931.001.127	2.947.480.464
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.482.533.947	26.749.348	18.138.935	26.700.694	0	2.517.845.054	634.804.833	0	35.925.130	2.945.333	78.319	667.862.948	1.849.982.107	1.847.729.115
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.282.032.910	21.371.436	2.364.021	11.863.917	0	2.312.904.243	1.395.179.926	0	49.370.181	1.568.810	1.844	1.442.983.141	869.921.102	886.852.984
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	97.152.755	2.214.072	1.672.975	476.682	0	98.170.534	62.840.919	0	7.321.206	1.653.477	-1.666	68.506.982	29.663.551	34.311.836
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	220.703.132	17.498.129	15.295.918	2.394.787	0	225.300.131	142.237.271	0	17.488.595	15.064.112	-1.819	144.659.934	80.640.196	78.465.861
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	100.628.099	52.064.612	4.466.415	-47.432.125	0	100.794.171	507.431	300.000	0	207.431	0	0	100.794.171	100.120.668
1.3 Finanzanlagen	426.869.055	3.664.000	2.227.510	-286.678	21.774.218	449.793.085	39.200.511	933	0	82.564	-76.678	39.040.337	410.752.748	387.668.543
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.908.961	9.000	0	9.000	0	1.926.961	0	0	0	0	0	0	1.926.961	1.908.961
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.200	0	1.800	0	0	5.400	0	0	0	0	0	0	5.400	7.200
1.3.3 Beteiligungen	287.922.606	1.361.647	173.684	11.800.524	21.774.218	322.685.311	38.977.436	0	0	25.565	0	38.951.871	283.733.440	248.945.170
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.997.590	0	346.832	-11.809.524	0	17.841.234	0	0	0	0	0	0	17.841.234	29.997.590
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.000	0	0	0	0	35.700.000	0	0	0	0	0	0	35.700.000	35.700.000
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	71.332.698	2.293.353	1.705.194	-286.678	0	71.634.179	223.076	933	0	56.999	-76.678	88.466	71.545.713	71.109.622
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000

Anlage (2) Forderungsspiegel

Gesamtabschluss 2012

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		Restlaufzeiten			Gesamt	Gesamt Vorjahr
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	6.832.920	6.123.498	34.094.555	47.050.974	53.413.590
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	38.007.832	73.100	0	38.080.932	19.550.731
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	75.492.474	379.528	141.811	76.013.813	101.905.627
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	678.099	0	0	678.099	490.783
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	43.526.414	254.533	34.960	43.815.908	41.575.860
Gesamt		164.537.738	6.830.659	34.271.327	205.639.724	216.936.591

Anlage (3) Eigenkapitalpiegel

Gesamtabschluss 2012

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Währungsdifferenz und sonstige ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
Stand 01.01.2012	1.259.089.688	93.441.874	1.883.961	0	63.952.641	11.867.136	1.430.235.301
Zunahme	0	0	0	0	17.333.784	42.987.231	60.321.016
Abnahme	0	49.347.508	0	0	0	-49.347.508	0
Dividendenausschüttung	0	0	0	0	16.798.877	0	16.798.877
Umgliederung bzw. ergebnisneutrale Änderung	0	0	0	0	-691.320	691.320	0
Stand 31.12.2012	1.259.089.688	44.094.366	1.883.961	0	63.796.228	104.893.196	1.473.757.439

Anlage (4) Rückstellungsspiegel

Gesamtabschluss 2012

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Umgliederung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	461.687.587	2.879.687	52.860	8.167.889	752.443	460.239	468.135.610
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	0	0	0	153.147	0	0	153.147
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfaldeponien	56.125.967	5.843.718	0	9.805.745	0	0	60.087.993
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	1.891.579	5.035	578.792	0	0	0	1.307.753
3.5 Sonstige Rückstellungen	103.391.926	28.270.214	2.389.308	47.527.917	14.235	-460.239	119.814.317
Gesamt	623.097.058	36.998.654	3.020.959	65.654.698	766.678	0	649.498.820

Anlage (5) Sonderpostenspiegel

Gesamtabschluss 2012

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen /		Auflösung	Auszahlungen /		Um- gliederung	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen	Sach- anlagen		immat. Vermögen	Sach- anlagen		EUR
Sonderposten für erhaltene								
2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	258.311.017	499.091	12.406.142	15.554.437	0	-2.609	0	255.659.204
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	205.417.301	0	11.008.542	11.762.207	0	-2.609	3.346.195	201.314.832
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	10.565.313	499.091	1.247.176	1.121.130	0	0	-3.713.460	14.903.910
2.1.3 Investitionsbeiträge	42.328.403	0	150.424	2.671.099	0	0	367.265	39.440.463
2.2 Sonstige Sonderposten	20.296.658	0	14.398.975	3.593.724	0	0	0	31.101.909
Gesamt	278.607.675	499.091	26.805.117	19.148.161	0	-2.609	0	286.761.113

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Gesamtabschluss 2012

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR		
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	146.145.984	312.569.958	929.842.779	1.388.558.722	1.444.523.165
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137.702.224	279.525.230	763.897.732	1.181.125.186	1.232.462.580
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.548.636	12.866.879	21.102.612	37.518.128	38.265.048
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	4.720.096	20.177.849	144.842.435	169.740.380	173.795.537
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0	0	0	0	0
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	175.028	0	0	175.028	0
4.3. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.473.439	0	0	12.473.439	12.335.035
4.4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	57.976.379	0	0	57.976.379	54.030.269
4.5. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3.623.309	0	0	3.623.309	3.622.275
4.6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	11.990.755	11.500.000	0	23.490.755	3.208.037
4.7. Sonstige Verbindlichkeiten	138.834.609	139.562	18.725	138.992.897	131.338.724
Gesamt	371.044.476	324.209.521	929.861.504	1.625.115.501	1.649.057.505

Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Gesamtabschluss 2012

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu AHK des Haushaltsjahres ./ (Abgänge zu AHK des Haushaltsjahres abzgl. der Abschreibungen auf Anla- genabgänge)
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstel-lungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl (Durchschnitt 2008 - 2012)}^{12}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen})}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Finanzlage	Freier Cashflow	Zahlungsmittelsaldo aus laufender Ge- schäftstätigkeit ./ (Auszahlung aus der Tilgung von Kredi- ten und Anleihen und Ausschüttungen an Min- derheitsgesellschafter)

¹² Gemittelte Einwohnerzahl aus den Jahren 2008-2012: 275.878 EW.